

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

157 (9.7.1913)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr. Postschekkonto Nr. 2860. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 S. Lokalinsertate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gief & Cie., Karlsruhe.

Die neuen Steuern. Wertzuwachssteuer und Erbschafts- besteuerung.

Die Sozialdemokratie war die einzige Partei, die im Jahre 1911 geschlossen gegen das Wertzuwachssteuergesetz gestimmt hat. Nicht weil sie die Besteuerung des unbeweglichen Wertzuwachses am Grund und Boden zugunsten der Allgemeinheit prinzipiell etwa abgelehnt hätte — sie steht im Gegenteil zu diesem Gedanken — sondern weil ihr die Einzelbestimmungen zur Verwirklichung des Prinzips nicht geeignet erschienen. Jetzt im Jahre 1913 war die Sozialdemokratie die einzige größere Partei, die geschlossen für die Beibehaltung der Wertzuwachssteuer votierte. Wie ist das zu erklären? Wir hätten gegen eine etwa im Herbst vorzunehmende gründliche Durchsicht des bestehenden Gesetzes und gegen eine Abstellung seiner unabweislichen Schäden nichts einzuwenden gehabt. Aber der Anlaß, jetzt sozusagen im Handumdrehen die Wertzuwachssteuer abzuschaffen, ohne auch nur den Vergleich einer sachgemäßen Reform zu machen, ging so offensichtlich von einzelnen Gruppen einzelner Bodenpekulanten aus, daß dieser Umstand allein schon jeden Freund des Volkes stutzig machen mußte. Dazu kam weiter, daß der Vorstoß auch einen peinlichen Mangel an Offenheit vermissen läßt. Man tut so, als ob nur der Rechtsanteil an dem Aufkommen aus der Zuwachssteuer aufgehoben würde, die Besteuerung des Wertzuwachses in den Gemeinden aber ungeändert bleibe. Das ist nicht wahr. Nachdem der Steuerbetrag zu ungunsten des Reiches auf die Hälfte der bisherigen Sätze herabgemindert, die Veranlagungsbestimmungen, damit also auch die Veranlagungskosten, aber aufrecht erhalten worden sind, ist die Steuer in der bisherigen Form unhaltbar geworden. Das haben schließlich auch die Wortführer dieses „Umsurzes“ anerkannt, nachdem sie die staatsrechtlich bedenkliche Lösung durchgedrückt haben, wonach durch Landesgesetz oder durch ortstatutarische Vorschriften eine andere als im bisherigen Reichsgesetz vorgesehene Regulierung der Besteuerung des Wertzuwachses getroffen werden kann. Damit wird die Entscheidung über die Sache in allen Fällen in die Hände derjenigen Kreise gelegt, die in den Gemeinden das Regiment führen. Das sind aber in weiten Gebieten des Reiches, namentlich in ganz Preußen, die Haus- und Grundbesitzer. Das heißt den Bod zum Gärtner machen, wenn man diese Herrschaften zur Entscheidung über Sein oder Nichtsein einer Wertzuwachssteuer beruft. Sätten wir ein freies Wahlrecht in allen Gemeinden, bestünde nicht noch das Hausbesitzerprivileg in den Gemeinden der meisten Staaten, dann würden wir uns unbedenklich für die Gemeindeautonomie auf diesem Steuergebiete aussprechen können, weil die Zuwachssteuer ihrer Natur nach recht eigentlich eine Gemeindesteuer ist. So wie die Dinge aber liegen, wäre die Aufrechterhaltung eines verfehlten Reichsgesetzes den jetzigen Beschlüssen der Parlamentsmehrheit, die ihr von der Bodenpekulation diktiert wurden, auf alle Fälle vorzuziehen gewesen.

Die Weggabe des Reichsanteils am Aufkommen aus der Zuwachssteuer — ein Millionenverlust an die Bodenpekulanten — reißt natürlich ein Loch in die Reichskasse. Es ist nun höchst bemerkenswert, wie das ausgefüllt wurde. Es geschah nämlich durch eine uns im übrigen höchst sympathische Erhöhung der Besteuerung von Erbschaften für Abkömmlinge ersten und zweiten Grades von Geschwistern und für entferntere Verwandte. Dadurch steigt der Normalsatz gegen die Quoten im Erbschaftsteuergesetz des Jahres 1906 für Abkömmlinge ersten Grades von Geschwistern von 4 auf 5 Proz., für Abkömmlinge zweiten Grades von Geschwistern (Großneffen) von 5 auf 8 Proz. und für entferntere Verwandte, die bisher 10 Proz. von der Erbschaft abgeben mußten, auf 12 Proz. Das alles wurde sozusagen im Handumdrehen erledigt, ohne daß jemand viel Befens davon gemacht hätte. Nur die Konservativen grollten im dumpfen Aerger über ihre Isolierung und über die trotz allem drohende gründlichere Erbschaftsbesteuerung der Zukunft. Sie haben von ihrem Standpunkt aus ganz recht; denn was zeigt der Vorgang? Er zeigt, wie recht wir mit der Ansicht haben, daß jede direkte Steuer, einmal eingeführt, zum Ausbau ihrer etwa ungenügenden Sätze geradezu reizt. Jetzt, wo wir nicht bloß das bisherige Erbschaftsteuergesetz von 1906 haben, sondern auch Wehrbeitrag und die Steuer auf den Vermögenszuwachs, eröffnen sich uns auf diesem Gebiete sehr weite Perspektiven.

Ueber Erbschaftsteuer und was damit zusammenhängt, wird sich übrigens der Reichstag schon in diesem Herbst wieder unterhalten können, wenn das jetzt unerledigt gebliebene Gesetz über die Erweiterung des Erbschaftsrechts des Staates nochmals zur Verhandlung kommt. Die Ausläufer, den betonten Grundgedanken dieses Entwurfes zu verwirklichen, sind nicht eben groß. Die Sozialdemokratie wird aber nichts unversucht lassen, sie nach Möglichkeit zu verbessern.

Militärrechtsreformen.

Der Bundesrat hat den Wehrgefeßen und den Steuergefeßen sehr schnell seine Zustimmung gegeben. Aber die Novelle zum Militärstrafgesetzbuch ist zunächst einmal an den zuständigen Ausschuß vertrieben. Damit ist diese dringende Reform bis auf den Herbst verschleppt und die Gefahr, daß ihre Gegner auf die Entschlieungen der verbündeten Regierungen Einfluß gewinnen, wächst.

Man wird sagen, die Angelegenheit habe sich nicht über's Knie brechen lassen, der Bundesrat sei mit der Novelle durch den Reichstag überrascht worden, und die Materie besitze eine zu große Wichtigkeit, als daß die Regierungen auf eine sehr eingehende Prüfung verzichten könnten. Das alles ist keineswegs stichhaltig. Zwar hat die Volksvertretung wirklich den Gegenstand mit der Eile behandelt, die durch die Umstände geboten war, aber das Problem ist vorher in der Öffentlichkeit schon oft genug diskutiert worden, und es ist doch wohl erlaubt, anzunehmen, daß auch die Regierungen an ihm nicht achtlos vorübergegangen sind. Zu allem Ueberflus hat ja der Reichskanzler versprochen, sich im Bundesrat für das Zustandekommen des Gesetzes zu verwenden. Der Repräsentant des führenden deutschen Bundesstaates — denn als solcher tritt der Kanzler offiziell im Bundesrate auf — war also mit den Beschlüssen des Reichstages einverstanden.

Es sollte doch nun wahrhaftig nicht schwer gewesen sein, auch die Zustimmung der übrigen Gliedstaaten rechtzeitig einzuholen. Wenn man sich über die beträchtlichen und grundsätzlichen Änderungen, die das Parlament an den Deckungsentwürfen vorgenommen hat, so schnell schlüssig werden konnte, so wären doch bei einigem guten Willen auch etwa noch vorhandene Zweifel über die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit des vom Reichstag sozusagen einstimmig gutgeheißenen Entwurfes zur Humanisierung des Militärstrafgesetzbuchs in wenigen Tagen zu beseitigen gewesen. Aber natürlich in dem einen Fall handelte es sich um die Verstärkung der Rüstungen und ihre finanzielle Fundamentierung in dem andern nur um einige Menschenleben, um ein paar proletarische Existenzen.

Und doch wäre die schnelle Beseitigung der gesetzlichen Vorbedingungen des Erfurter Urteils umso mehr erforderlich, als selbst innerhalb der Kreise der Militärjuristen die Ansicht vertreten wird, daß Strafen, wie sie in Erfurt und bei ähnlicher Sachlage anderswo verhängt worden sind, nur möglich waren infolge einer falschen Auffassung der in Betracht kommenden Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuchs. Dabei läßt sich auf eine Revision dieses Urteils durch das Urteil einer neuen Instanz nicht hoffen, weil die militärjuristische Praxis, vor allen Dingen das Reichsmilitärgericht eigenständig an der fehlerhaften Interpretation festhält.

Die Landwehrlente von Erfurt haben bekanntlich die Ehre verübt, als die Kontrollversammlung vorüber war. Die unerhört schweren Strafen konnten nur deshalb gegen sie ausgesprochen werden, weil die herrschende Auffassung dahin geht, daß die Wehrlente während des ganzen Tages der Kontrollversammlung und nicht nur während ihrer Dauer unter den Militärgefeßen stehen. Auf diesen Standpunkt hat sich das Reichsmilitärgericht im Anschluß an Entscheidungen des Reichsgerichts stets gestellt. Natürlich sind die einzelnen Kriegsgerichte nicht gehalten, die Meinung des höchsten militärischen Gerichts zu der ihrigen zu machen. Sie können sich bei Delikten, die vor oder nach der eigentlichen Kontrollversammlung begangen sind, für unzuständig erklären. Aber sie müssen damit rechnen, daß jedesmal die Rechtsbeschwerden an das Reichsmilitärgericht erhoben wird, das dann im Einklang mit dem Reichsgericht die Zuständigkeit des Kriegsgerichts auspricht.

Gegen diese höchstgerichtliche Auslegung des Gesetzes zum Nachteil der Angeklagten sind schon wiederholt die trefflichsten Gründe vorgebracht worden. Leider hat man bisher damit keinen Erfolg erzielt, und auch die Ausführungen, die gerade im Anschluß an den Erfurter Fall ein Kriegsgerichtsrat Dr. Rehdans in „Tag“ macht, werden auf die Rechtsprechung keinen Einfluß ausüben. Rehdans entwickelt die Konsequenzen, zu denen die Innehaltung des höchstgerichtlichen Standpunkts auch noch über das Erfurter Urteil hinaus führen muß. Wenn die zur Kontrollversammlung erschienenen Wehrlente zum aktiven Heere zu rechnen sind, so gilt auch für sie untereinander die militärische Rangordnung, Beleidigungen und Schlägereien der jungen Leute untereinander können dann zu Beleidigungen und tätlichen Angriffen gegen Vorgesetzte werden und damit ist nach dem Militärstrafgesetzbuch bei Annahme eines minder schweren Falles eine Mindeststrafe von einem Jahr Gefängnis zu verhängen. Rehdans erklärt, daß der Wortlaut einer klaren Bestimmung die Auffassung des Reichsmilitärgerichts nicht stütze und daß sie juristisch nur künstlich begründet werden könne. Aber wie die Dinge nun einmal liegen, bleibt auch nach seiner Meinung nichts anderes übrig, als die Schaffung eines Gesetzes, das alle Zweifel behebt und für die Landwehrlente vor und nach den Kontrollversammlungen die bürgerliche Gerichtsbarkeit, der man sie gewaltsam entzogen hat, wieder in Kraft treten läßt.

Der heutige Zustand wäre demnach wirklich danach angeht gewesen, die Regierung zu einer doppelt beschleunigten Annahme der Reichstagsbeschlüsse zu veranlassen. Nebenfalls

aber hat das Parlament, auch wenn bis zum Herbst die Zustimmung zu seiner Novelle vorsteht, die Pflicht, sich des Gegenstandes sofort aufs neue anzunehmen und sofern die allgemeine Reform des Militärstrafgesetzbuchs nicht alsbald auf die Tagesordnung gesetzt wird, auf die sofortige Sicherung der Landwehrlente gegen die verheerliche, die Rücksicht auf das militärische Interesse bis zum vollendeten Widerstimm überspannende höchstgerichtliche Auslegung des Militärstrafgesetzbuchs zu sichern. Es darf wohl als selbstverständlich gelten, daß die sozialdemokratische Fraktion die bürgerlichen Parteien und die Regierung vor die Frage stellen wird, ob sie auch dieser selbst von militärjuristischen Autoritäten als unumgänglich anerkannten Reform zustimmen wollen oder ob sie nur unter dem Druck der Sorge um das Zustandekommen von Heeresverstärkungen bereit sind, innerhalb des Bezirks der Armeeverwaltung auf die Anwendung barbarischer Prinzipien zu verzichten.

Die Liberalen in falschem Verdacht.

Die Meinungsverschiedenheiten, in die Konservativen und Zentrum wegen der Vermögenszuwachssteuer geraten sind, haben eine recht belustigende Folge. Um die Verhinderung der Merkmalen an den bisher gemeinsam vertretenen Prinzipien recht kraß in die Erscheinung treten zu lassen, bemüht sich die Rechte um den Nachweis, daß es den Liberalen mit der Drohung, im Falle des Nichtzustandekommens der Zuwachssteuer mit der Sozialdemokratie die Erbschaftsteuer zu machen, gar nicht ernst gewesen sei. Dieselben Politiker also, die sonst immer Liberalismus und Sozialdemokratie in einen Topf werfen und so tun, als trauten sie Herrn Wassermann so gut wie Herrn Fischbed was das Zusammengehen mit dem „Umsurz“ betreffe, jede Gemeinheit zu, nehmen hier die bürgerliche Linke aufs wärmste in Schutz.

Und man muß sagen: die Agrarier bleiben in diesem Falle bei der Wahrheit. Gemiß hat der Abg. Wassermann erst jüngst wieder in einem Artikel, der durch die nationalliberale Presse verbreitet wurde, erklärt, die beiden liberalen Fraktionen seien sich darüber einig gewesen, nötigenfalls die Deszendentersteuer einzubringen und durchzuführen, aber ganz mit Recht macht die „Deutsche Tageszeitung“ darauf aufmerksam, daß der nationalliberale Führer selber öffentlich ausgesprochen habe, es sei nicht möglich gewesen, die Deckungsfrage mit der Sozialdemokratie zu lösen.

Das hat ja nicht allein Wassermann gesagt. Das ist doch die Antwort, die man allgemein auf die Frage hört, warum die Liberalen auf die Durchsetzung der Erbschaftsteuer verzichtet haben. Auch Gothein gibt sie in einem Artikel, bei den Zweck verfolgt, die Haltung der fortschrittlichen Fraktion vor ihren Wählern zu rechtfertigen.

Die Mehrheit der Linken, führt er aus, hätte bestenfalls 80 Millionen Mark gebracht, und 185 Millionen wurden gebraucht. Die Sozialdemokraten waren aber unter keinen Umständen bereit, auf die Ermäßigung der Zuckersteuer zu verzichten, ebensowenig dazu die Stempelsteuern auf die Versicherungen, so wie es die Regierungsvorlage wollte, zu erhöhen.

Wenn Herr Gothein dessen so sicher ist, dann hat doch in der Tat keine Rede davon sein können, daß seine Freunde und die Nationalliberalen wirklich an die Durchsetzung der Erbschaftsteuer dachten. Aber haben denn die Liberalen den Sozialdemokraten überhaupt ernsthaft die Frage vorgelegt, wie sie sich die Deckung dächten, wenn die Erbschaftsteuer angenommen würde und dann noch ein Rest bleibe? Hier ist es wohl nur zu recht unerbittlichen Besprechungen gekommen, da die bürgerliche Linke vor allen Dingen fürchtete, eine Kooperation mit der Sozialdemokratie könne zu einer nicht nur den Agrariern un sympathischen Erhöhung der Erbschaftsteuer führen. Die Konservativen haben schon recht; die Liberalen waren heilsfroh, daß sich ihnen in Arme des Zentrums öffneten.

Deutsche Politik.

Massenkundgebungen gegen das Waldburger Zuchthausurteil. In zwei überaus stark besuchten Massenversammlungen demonstrierten Sonntag die Arbeiter des Waldburger Industriebeziers gegen das Zuchthausurteil des Schwabinger Schwurgerichts. Die Massen waren empört über das Urteil. Die Ausführungen der Redner, unter denen sich der freigesprochene Arbeitersekretär Osterzols befand, wurden überall mit stürmischer Begeisterung aufgenommen. Auch das Vortugum war in den Versammlungen stark vertreten. Die Enttührung über den Denunziantenstreich des freikonserватiven Chefredakteurs Rippold, der den Kronzeugen Köppler zur Denunziation anstiftete, war allgemein. Unter stürmischen Zustimmungskundgebungen wurden Resolutionen angenommen, die den Schuldspruch der Geschworenen für einen Fehlpruch und Rechtsirrtum erklären und dem Denunziantenpiel des Köppler und Rippold tiefe Verachtung aussprechen. In den Resolutionen werden den Verurteilten und ihren Angehörigen die wärmsten Sympathien ausgesprochen.

Ein Militärgerichtsurteil, das selbst dem Generalkommando zu hart war. Der Grenadier Mücke vom 11. Regiment in Breslau wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er

jeinem Hauptmann geschrieben hatte, er werde sich wegen einer Arreststrafe das Leben nehmen. Dadurch sollte Müde den Hauptmann durch Drohungen zur Aufhebung der Strafe haben verleiten wollen. Auf Anweisung des kommandierenden Generals des 6. Armeekorps wurde in dieser von der sozialdemokratischen Presse besprochene Fall Verurteilung zugunsten des Verurteilten eingelegt. Das Oberkriegsgericht nahm trotzdem dasselbe Vergehen an und erkannte auf die gleiche Strafe. Der Verhandlungsführer, Oberkriegsgerichtsrat Laub, betonte, es sei dem Oberkriegsgericht nicht leicht gefallen, das Urteil so zu fällen, als es dies tun mußte. — Die sozialdemokratischen Bestrebungen, der Militärjustiz energisch auf den Leib zu rücken, kann gar keine bessere Rechtfertigung finden, als sie in diesem Vorgehen und den Aussprüchen der Militärrichter liegen.

Endgültige amtliche Ergebnisse der beiden letzten Reichstagswahlen. Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Potsdam 9 (Zückerberg) am 2. Juli wurden bei einer Gesamtzahl von 40 768 Wahlberechtigten 32 939 gültige Stimmen abgegeben. Es erhielten: Stadtverordneter Ewald-Berlin (Soz.) 13 778, Oberregierungsrat a. D. v. Derksen-Memlin (Rp.) 11 115, Schulvorsteher Hornmann-Bremen (Fortfchr. Rp.) 7956, Schriftsteller Erpberger-Berlin (Zentr.) 84 Stimmen. Zersplittert waren 6 Stimmen. Die engere Wahl zwischen Ewald und von Derksen findet am 11. Juli statt. — Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Magdeburg 1 (Salzwedel-Gardelegen) am 2. Juli wurden bei 29 432 Wahlberechtigten 23 735 gültige Stimmen abgegeben. Es erhielten: Haupttrichterschiedsrichter v. Kröcher-Binzelberg (fonf.) 6999, Amtsvorsteher Schulz-Niße (fonf.) 4049, Privatdozent Dr. Boehme-Lichterfelde (fraktionslos) 10 750, Gauleiter Bergmann-Magdeburg (Soz.) 1929 Stimmen. Zersplittert waren 8 Stimmen. Es findet Stichwahl zwischen v. Kröcher und Dr. Boehme statt. — Die Stichwahl im Reichstagswahlkreis Potsdam 9 wird nunmehr doch, wie zuerst bekanntgegeben, am Freitag, 11. Juli, stattfinden. Der Wahlkommissar hatte sie, vermutlich nicht ohne Absicht, auf den 12. Juli anberaumt.

Nach preußischem Schema. Der erste Begnadigte infolge der Jubiläums-Amnestie in Elsaß-Lothringen ist der Sohn des Staatssekretärs Jörn v. Bulach, der wegen Herausforderung zum Duell zu drei Monaten Festung verurteilt worden war. Er hatte gerade sechs Tage seiner Strafe verbüßt. — In Elsaß-Lothringen sind zurzeit 25 Assessoren an der Arbeit, um die „Würdigen“ herauszufinden, die nach Anweisung des Gnaden-erlasses Wilhelm II. begnadigt werden können. Justiz Herr Klaus v. Bulach hat man als den ersten Würdigen herausgefunden.

Konflikte mit der Polizei in Mülhausen im Elsaß. Am Neubau des Nordbahnhofes in Mülhausen i. El. ist ein Streit ausgebrochen; Lohnunterschiede sind die Ursache. Die Bauleitung hat ausländische Arbeiter herangezogen, was selbstverständlich bei den Arbeitern große Empörung hervorgerufen hat. Die Behörden haben sich ebenso selbstverständlich auf die Seite der Unternehmer gestellt und gehen außerordentlich rigoros gegen die Streikenden vor. Am letzten Donnerstag ist sogar Reichstagsabg. Emmel vom städtischen Grund und Boden herwiegen und mit Polizeigewalt entfernt worden. Freitag abend kam es zu einem ernstlichen Zusammenstoß zwischen den Polizisten und dem Publikum. Die Polizisten schlugen mit Säbeln drein und schonten weder Frauen noch Kinder. Mehrere Frauen wurden schwer verletzt. Samstag abend haben sich die Vorgänge in ähnlicher Weise wiederholt. — In einer Bekanntmachung des Polizeipräsidenten von Mülhausen heißt es: „Hier Beamte sind durch Schrotkugeln, Messerstücke und Steinwürfe verletzt worden. Die Zahl der Verletzten ergibt sich noch nicht. Ein Arbeiter ist durch einen gegen die Polizeibeamten abgegebenen Schuß von hinten verwundet worden.“ Weiter wird in der Bekanntmachung darauf hingewiesen, daß die Sicherheitsmannschaften erheblich verstärkt wurden und daß von Sonntag ab die Truppen in Bereitschaft gehalten sind.

Seerengen der Neuzugige. Unter dieser Ueberschrift bringt die „Berl. Volkszeitung“ eine interessante Statistik über den Ministerverbrauch des Reichs. Die „Volkszeitung“ schreibt:

„Der Seeben aus seiner Stellung geschiedene Kriegsminister v. Seerengen war der 90. Minister unter Kaiser Wilhelm II. In seinem eigenen Amt hatte Herr v. Seerengen sechs Vorgänger. So groß auch die Zahl von sieben Kriegsministern in den 25 Regierungsjahren des Kaisers erscheinen mag, so gab es doch in andern Ressorts noch häufigeren Wechsel. Am häufigsten war der Wechsel im Ministerium des Innern, das seit dem Regierungsantritt des Kaisers der neunte Minister verwaltet. Nächst den preußischen Ministern des Innern folgen der Zahl nach die Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes. Herr v. Jagow ist der achte Staatssekretär. Die Zahl der Staatssekretäre des Reichskanzlers beträgt sieben. Die Zahl sechs kehrt mehreremale wieder. Wir hatten, wenn die noch im Amte befindlichen Minister ein-

gerechnet werden, sechs preußische Ministerpräsidenten, sechs Kultusminister, sechs Handelsminister und sechs Landwirtschaftsminister. Das Reichskolonialamt wird jetzt zum stehenden Male wechselfelnd verwaltet. Allerdings sind hierbei die Direktoren eingerechnet, die an der Spitze des Reichskolonialamts standen, bevor es dem Auswärtigen Amt abgetrennt wurde. Solch ist seit der Abtrennung der dritte Staatssekretär. Die Zahl der übrigen Minister unter dem Kaiser ergibt sich folgendermaßen: Wir hatten fünf Reichsminister, vier Staatssekretäre des Reichsamts des Innern, vier Staatssekretäre des Reichsamts des Justizamts, vier Staatssekretäre des Reichsmarineamts, vier preußische Finanzminister, vier preußische Justizminister und vier Minister der öffentlichen Arbeiten. Den seltensten Wechsel sah das Reichspostamt, an dessen Spitze jetzt seit Gründung des deutschen Reichs der dritte Staatssekretär steht.“

Mehr als dies interessiert aber noch die Rekrutierung der Medaille: Die Kosten der Pensionierung dieser großen Anzahl von Ministern. Und hier hat das Volk die Reche zu zahlen, während es bei dem Abgang eines Ministers nichts zu sagen hat.

Eine neue Enghilka? Durch die Presse ist in der letzten Zeit wiederholt die Meldung gegangen, es sehe eine neue päpstliche Enghilka in Sachen der Gewerkschaften bevor, die alle noch vorhandenen Zweifel endgültig zerstreuen und den Streit schlichterdingens unvereinbar mit den Lehren des Christentums erklären werde. In seiner neuesten Nummer nimmt das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften zu diesen Mitteilungen jetzt auch Stellung. Es heißt da:

„Die christlichen Gewerkschaften beteiligen sich an diesen neueren Erörterungen nicht einmal, weil sie ihnen überhaupt kein Gewicht beilegen, und dann, weil die Frage des Streikrechts keinesfalls nur die christlichen Gewerkschaften in Deutschland berührt. In Deutschland halten nicht nur die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, sondern auch Tausende katholischer Arbeiter anderer Organisationen den Streik unter den heutigen Verhältnissen für unentbehrlich.“

Das hört sich nicht wie ein Dementi, sondern im Gegenteil wie eine Bestätigung der Nachricht an. Den Gleichmut aber, den das Christenblatt zur Schau trägt, glaubt ihm kein Mensch. Es würde ihm doch recht unangenehm sein, wenn der Papst offen und für alle Arbeiter verständlich ausgespräche, was bei der letzten Enghilka nur zwischen den Heilen zu lesen war. Der Papst, die die Führer der christlichen Gewerkschaften gegenüber den Mitgliedern jetzt treiben, wäre dann mit einem Schlag der Boden entzogen.

Konfessionelle Zuchthäuser in Bayern. Das bayerische Justizministerium hat verfügt: Von den in den Landesteilen rechts des Rheins und in der Pfalz verurteilten männlichen Personen, die eine Zuchthausstrafe zu erleiden haben, sind künftig einzuzuwiesen: in das Zuchthaus Kaisheim in die in den Bezirken der Oberlandesgerichte München und Augsburg wegen Diebstahls, Raub, Erpressung, Sehelei oder Betrugs verurteilten Katholiken, sofern sie drei Jahre oder darüber im Zuchthause zu verbleiben haben; in das Zuchthaus Straubing die übrigen Katholiken; in das Zuchthaus Straubing die Angehörigen der nichtkatholischen christlichen Bekenntnisse und die Israeliten. Die in der Pfalz verurteilten weiblichen Personen, die eine Zuchthausstrafe, eine Gefängnisstrafe in einer Gefangenenanstalt für Erwachsene oder eine Gefängnisstrafe in einer Gefangenenanstalt für Jugendliche zu erleiden haben, sind in die Strafanstalt Aichach einzuzuwiesen. Schade, daß sich nicht auch die Verbrechen konfessionell regeln lassen.

Nichtigstellung. In unserer Nummer 152 vom 3. ds. Mts. brachten wir einen Artikel „Zur Massenstreikfrage“, welchen wir als eine Arbeit des Genossen Kurt Rosenfeld in der „Chemnitzer Volksstimme“ kennzeichneten. Dr. Kurt Rosenfeld schreibt uns nun, daß hier eine Verwechslung vorliegt. Besagter Artikel stammt aus der Feder des Genossen Siegfried Rosenfeld. Da Gen. Kurt R. den in dem Artikel vertretenen Auffassungen nicht beistimmt und den Standpunkt, den Gen. Dr. Frank in der Frage teilt, er auch in diesem Sinne bereits in einer Versammlung vertreten hat, legt er Wert darauf, unsere Leser hiervon zu benachrichtigen.

Ausland.

Holland.
Genosse Troelstra bei der Königin von Holland. Dieser Tage hat Gen. Troelstra die angekündigte Unterhaltung mit der Königin gehabt, um die Frage der Kabinettskrisis einer Lösung entgegenzuführen. Die Unterhaltung fand im Sommerpalast „Het Voo“ in Apeldoorn statt und dauerte mehr als 1 1/2 Stunden. Als unser Parteigenosse den Bahnhof verließ, wurde er

von einer zahlreichen Arbeitermenge mit Hochrufen begrüßt. Am Tage zuvor hat der Parteivorstand mit der Redaktion des Zentralorgans und der neuen Kammerfraktion eine Konferenz abgehalten, in der die Richtlinien festgelegt wurden, die Troelstra zur Lösung der Kabinettskrisis vorzutragen hatte. Die Beschlüsse in dieser Konferenz wurden einstimmig gefaßt. Bemerkenswert ist die Mitteilung eines gut informierten bürgerlichen Pressenachrichtensbüreaus, daß trotz des lauten Geschreis der bürgerlichen Presse über die „Regierungsverantwortlichkeit“ der Sozialdemokratie und die Notwendigkeit für die sozialdemokratischen Führer, Ministerposten zu akzeptieren, bisher noch kein einziger liberaler Politiker einem Sozialdemokraten einen Sitz im Kabinett angeboten hat.

Badische Politik.

Eisenbahnerklagen.

Aus Kreisen des Fahrpersonals der badischen Staatsbahn gehen uns verschiedene Klagen und Beschwerden zu, die wir kurz behandeln wollen, damit die Generaldirektion dieselben untersucht und, wenn möglich, Abhilfe schafft. Die Beschwerden richten sich in der Hauptsache gegen den Personalbeamten Josef Kott bei der Generaldirektion in Karlsruhe. Derselbe soll einen Druck auf das Fahrpersonal ausüben, der auf die Dauer große Unzufriedenheit erzeugt. So sollen zurzeit viele Leute da sein, die noch Urlaub vom vorigen Jahre zugut haben. Auf eine Beschwerde, die dieserhalb ein Beamter an die Generaldirektion richtete, hat man dieses Jahr im Juni mit ganz spärlichen Urlaubsbewilligungen angefangen, so daß jetzt schon vorauszu-sehen ist, daß es dieses Jahr genau so geht, wie im vorigen, nämlich, daß die Mehrzahl der Beamten dieses Jahr wieder um ihren Urlaub kommt, der ihnen doch vom Ministerium bewilligt wurde und auf den sie ein Anrecht haben. Einem Schaffner, der um Urlaub nachsuchte, erwiderte der genannte Herr: „Wir haben in Karlsruhe keine 15 Schaffner, die Ihren Dienst machen!“ und einen anderen Schaffner, der Urlaub wollte, besichtigte er als den „minderwertigsten“ unter seinen Kollegen — alles nur, um seinen Kopf durchzusetzen und den Leuten den ihnen rechtmäßig zustehenden Urlaub vorzuenthalten. Auch wenn bei unvorhergesehenen Fällen die Leute mal Urlaub brauchen, werden sie auf alle mögliche Weise schikaniert. Die einzelnen Fälle sollen zunächst im Detail nicht angeführt werden. Selbst direkte Beleidigungen müssen die Leute von diesem Herrn erdulden und wenn sich bei Anzeigen dieses Herrn gegen Schaffner bei der Unternehmung herausstellt, daß er es mit der Wahrheit nicht so genau nimmt, wird die Sache einfach fallen gelassen, statt ihn endlich einmal in die Schranken zu weisen.

Ferner wird es in den Kreisen des Fahrpersonals sehr unliebsam und mißlich empfunden, daß in zwei Monaten schon über 20 Touren abgeändert wurden; das ist früher nicht der Fall gewesen, so daß man föhlich die Frage aufwerfen darf, ob der etwas nervöse Herr überhaupt auf dem richtigen Platz ist.

Es soll zunächst nur dieses mitgeteilt werden. Vielleicht nimmt die Generaldirektion Veranlassung, geeignete Vorkehrungen zu treffen, damit die Klagen verschwinden.

Die Nebenbeschäftigung der Beamten.

Die groß. Zoll- und Steuerdirektion hat neue Bestimmungen herausgegeben über die Beforgung von Nebenämtern, Nebenbeschäftigungen und Privatdienstleistungen der Beamten. Ein Beamter darf nach § 12 des Beamtengesetzes Nebenämter oder Nebenbeschäftigungen nur befragen, soweit dies mit der gewissenhaften Wahrnehmung seiner Amtspflichten und mit dem in seinem Berufe erforderlichen Ansehen und Vertrauen vereinbar ist; dies gilt für alle Fälle, einerlei, ob zur Beforgung des Nebengeschäftes usw. die Genehmigung der Direktion erforderlich ist oder nicht. Nur wenn jene Voraussetzung erfüllt ist, kann die etwa nötige Genehmigung erteilt werden; auch bei nicht genehmigungspflichtigen Tätigkeiten hat der Beamte Einsicht in die Angelegenheiten zu gewärtigen, wenn er jener Beforgung zuwiderhandelt. Die vorherige Genehmigung der Direktion muß in folgenden Fällen eingeholt werden: a) zum Betriebe eines Gewerbes, und zwar auch dann, wenn es von der

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlaikjer.

48 (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Ein tiefer schwarzer Schneehimmel lag über der Erde. Und er alten Fischergasse war es dunkel. Den weißen Schnee konnte man eben schimmern sehen, sonst sah man die Hand vor Augen nicht. Es war eine rabenschwarze Nacht.

Dagmar, die seit einigen Tagen zu Hause schlief, stand mit ihrer Mutter im oberen Giebelzimmer. Im Ofen knisterte ein behagliches Feuer. Das Zimmer war hell erleuchtet, das Fenster aber war undurchdringlich verhängt.

Dagmar überflog, was sie geschaffen hatte. Es war alles wohllich und sauber und mit einem festlichen Glanz. Die Blumen auf dem Tisch waren zu ihrer Zufriedenheit ausgefallen. In der einen Ecke stand ein dunkles Exportbier; die Flaschen sollten sich im Zimmer offenbar erwärmen.

„Marie und die Schwarze sind fest unterrichtet?“

„Selbstverständlich.“ Frau Engelbrecht wurde ganz eifrig. Dagmar zog die Uhr.

„Geh zu Bett!“

Frau Engelbrecht bekam einen Anfall von Nüchternheit und küßte sie mit mütterlichem Stolz; dann ging sie.

Dagmar lautete gespannt. Sie zog noch einmal die Uhr. Es war die Zeit. Ein stiller heißer Atem der Erwartung ging durch das Zimmer.

War das ein Knirschen des Schnees? Ein Schloß wurde geöffnet. Im Nu war sie an der Stubentür und horchte. Ihre Sinne waren bis zum äußersten gespannt. Es kam die Treppe hinauf. Ihre Augen glänzten. Die Brust begann zu wogen.

Es war Axel.

Die kleine Stadt war lebenslustig. Die Reihe der Feste nahm so bald kein Ende, wenn sie erst einmal angefangen hatte. Hinter dem großen Ball des Bürgervereins kam noch ein langer Ausläufer von kleinen privaten Gesellschaften. Man war nun einmal in die Unsolidität hineingekommen, wie

man zu sagen pflegte, nun hatte man auch das Bedürfnis, eine Weile damit fortzufahren.

Carlson und Frau lebten viel für sich. Sie machten immer wieder die Erfahrungen, daß das Glück doch am ehesten in ihrer behaglichen Stube zu finden war. In den ersten Jahren hatten sie sich völlig zurückgezogen. Die Mittel waren allzu knapp gewesen. In den letzten Jahren aber waren sie doch aus sich herausgegangen. Carlson, der lustige Gesellschafter ja gar nicht kannte, hatte eine zu große Freude daran. Die Frau hatte überdies viele Mädchenbekanntschaften, die in dem Städtchen verheiratet waren, zum Teil viel besser als sie selber. Es war gut, mit ihnen in Verührung zu bleiben, die eigene Stellung wurde gehoben; auch geschäftlich hatten sie Nutzen davon. Carlson ging sonst fast gar nicht aus, weil er allzu feig hinter den Groschen her war. Es war ganz gut, daß er einmal gelüftet wurde. Die kleine Frau hatte noch ihren besonderen Grund.

Carlson war auf dem Lande geboren; er war kleiner Leute Sohn, die Kindheit war sehr arm gewesen. Eine Gier nach den Herrlichkeiten der Welt wurde er nie ganz los, eine Gier mit aufgerissenen stammenden Augen. Er kam von unten; das spürte man mitunter. Er selbst gab nicht viel aus; er wollte mehr haben, viel mehr, ehe er mit dem Ausgeben begann. Man mußte Geld haben, viel Geld, wenn man zu den Herrlichkeiten vordringen wollte; das hatte Carlson gut begriffen. In den Gesellschaften aber wurde umsonst aufgetragen, der Grund zur Zurückhaltung fiel weg. Carlsons Augen glänzten, wenn all die guten Sachen auf den Tisch kamen. Es kam vor, daß er sich völlig vergah und mit dem gierigen Hunger der Armut zugriff. Es war nicht angenehm, denn es wurde belächelt. Frau Carlson aber meinte, daß es schon schwinden würde, wenn er nur häufiger unter Menschen käme. Sie freute sich jedesmal, wenn der einen Familienabend mitmachte. Im besonderen in der Weihnachtszeit kam sie seinem natürlichen Verlangen weit entgegen.

Die Nächte waren noch immer dunkel. Der schwarze Schneehimmel verschlang jeden Stern. Carlson war zu einem Herrenabend gegangen. Es sollte Karten gespielt und Grog getrunken werden. Frau Carlson hatte sich sehr gefreut; die

Familie war ihr besonders lieb. Der Mann war Postassistent, ein sehr netter und unterrichteter Mann, von dem Carlson allerlei annehmen konnte. Die Frau war ihre Freundin, sie hatten schon als Kinder viel zusammengehalten. Am wenig bebauten Zugangsweg zum Hofen hatten sie ein Grundstück erstanden, auf dem sie ein kleines, gemüthliches Häuschen erbaut hatten; es war immer so traulich bei ihnen. Das Geld der Frau war mit dem Häuschen draufgegangen. Ihre Verhältnisse waren nicht glänzender, als daß man gut mit ihnen verkehren konnte. Die beiden Familien waren sich sehr nahe gekommen.

Carlson hatte Besch gehabt, er hatte verloren. Es ging ihm nicht so nahe, weil es bei guten Freunden gewesen war. Er würde ja wieder mit ihnen spielen. Er hatte aber doch mit einer gewissen Erregung zum Grog gegriffen und nicht so wenig getrunken. Die Nachtluft tat ihm wohl, aber dunkel war es; es war gut, daß er bald zu Hause war. Er stand eine Weile still; der Grog war nicht ohne Wirkung geblieben. Die Nachtluft kühlte doch sehr. Er dachte daran, den Weg um den Hofen herum zu nehmen, in der Fischergasse brannte ja nicht eine einzige Laterne. Es war ihm aber doch zu weit. Er gab den Gedanken wieder auf. Die Fischergasse führte ja gerademwegs zu seiner Ecke hinauf.

Eine verdammt Finsternis, dachte er, als er ein Stück in das Dunkel der alten Gasse hineingekommen war. Von den Häusern sah man fast gar nichts. Es war nur ein Glitz, daß man die weiße Straße schimmern sehen konnte. Es war ein unerwarteter Zustand bei diesem verfluchten Plaster. Carlson kam aber doch vorwärts.

Auf einmal blieb er stehen. Was war das? Schimmerte da nicht etwas Weißes aus der Haustür heraus? Das war doch sonderbar, um diese Zeit. Plötzlich ging es ihm heiß durch den Körper. Es war das Haus der Engelbrechts. Es mußte eine Bluse oder weiße Schürze sein. Auf wen die Worten mochte? In einer Stadt gab es doch viele geheime Dinge.

Carlson regte sich nicht. Er stand wie angewurzelt, wie festgehalten von einer dunklen Macht. Er war ganz heiß vor Spannung und Staunen. Die Augen glänzten in Ermar-

Ehefrau oder einem im Hausstande des Beamten befindlichen Angehörigen oder Diensthöfen betrieben wird; b) zur Besorgung eines Nebenamtes oder einer Nebenbeschäftigung, soweit damit eine Belohnung verbunden ist, und zwar auch dann, wenn eine solche Tätigkeit zwar von einer zu seinem Hausstande gehörigen Person übernommen wird, der Beamte sich aber an der Ausübung beteiligt; c) zum Eintritt in den Gründungsausschuß, den Vorstand, Verwaltungs- oder Aufsichtsrat einer auf Erwerb gerichteten Gesellschaft; d) zur Übernahme einer Vormundschaft, mit der eine Belohnung verbunden ist.

Hierzu ist, wenn ein Nebenamt oder eine Nebenbeschäftigung vorliegt und dem Beamten eine Belohnung im Sinne der erwähnten Vorschrift zukommt, die Genehmigung beispielsweise einzuholen zur Übernahme einer außeramtlichen Tätigkeit für Kreise, Gemeinden, Kirchen, Körperschaften, Vorgesetzter, daß es sich nicht um Ehrenämter handelt, also zur Stellung von Gemeinde- oder Stiftungsrechnungen, auch von Genossenschafts-, Vormundschafts- u. dgl. Rechnungen, ferner zur Übernahme der Schriftleitung oder zur Mithilfe bei der Schriftleitung einer Zeitung oder Zeitschrift, zur Besorgung eines mit Belohnung verbundenen Schiedsrichteramtes, zur Besorgung bezahlter Vereinstätigkeiten (z. B. bei Lebensbedürfnisvereinen), ferner zur Mitwirkung bei den Veranstaltungen von Vereinsmusikabenden u. dgl.

Ferner ist genehmigungspflichtig die Vermittlung von Interzessionen u. dgl., von Bestellungen auf Bücher, Verbrauchsgegenstände u. dgl. Soweit es sich in den zuletzt erwähnten Fällen um Bücher und Gegenstände handelt, die für den Dienstgebrauch von Behörden und Beamten bestimmt sind, muß die Genehmigung stets versagt werden. Eine beratende Vermittlung (auch Empfehlung oder Begünstigung einzelner Lieferanten) ist überhaupt nicht zulässig und kann dem Beamten auch dann nicht gestattet werden, wenn mit einer solchen Tätigkeit keine Belohnung verbunden ist. Allen Beamten ist ferner jede mit Entgelt verbundene Versicherungstätigkeit (auch jede Mitwirkung beim Empfehlen u. dgl. von Versicherungen) unterzogen, soweit nicht die Bestimmung in § 2 der Anlage 13 zur Klassen- und Rechnungsordnung zutrifft; auf die in Ziffer 7, Buchst. c genannten Personen erstreckt sich dieses Verbot nicht.

Die Genehmigung zur Ausübung einer Nebenbeschäftigung als Musiker gilt immer nur für die Mitwirkung bei Konzertaufführungen und ähnlichen künstlerischen Veranstaltungen, und zwar unter dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs und unter der Bedingung, daß durch die Nebenbeschäftigung keine Unzulänglichkeiten für den Dienst entstehen. Eine Beteiligung der Beamten an Veranstaltungen der erwähnten Art während der Dienststunden soll vermieden, den Beamten darf dazu auch kein Urlaub erteilt oder Befreiung vom Dienst gewährt werden. Die Genehmigung einer mit Entgelt verbundenen Nebenbeschäftigung gilt gleichzeitig als Ermächtigung zur Annahme der dafür gewährten Belohnung in dem im Gesetz angegebenen Betrage. Jede Genehmigung kann stets ohne weiteres widerrufen werden. Auch andere Dienstzweige des staatlichen Betriebes haben die Bestimmungen über die Nebenbeschäftigung von Beamten einer Revision unterzogen.

Ein lustiger Reifall des Zentrums.

In verschiedenen Zentrumsblättern wurde dem jungliberalen Reichstagsabgeordneten Röllig der Vorwurf gemacht, daß er den sozialdemokratischen Antrag auf gesetzliches Verbot des Militärhochlotts (Verbot von Wirtshäusern für Soldaten) unterstützt hätte. Wie die „Bad. Landeszeitung“ nun mitteilt, hat auch der Zentrumsabgeordnete Röllig eine solche Sache getan. Das nennt man einen Reifall. — Unser herzlichste Beileid!

Ueber Imparität

klagt wieder einmal der „Bad. Beobachter“, weil unter den 50 ordentlichen Professoren der Universität Freiburg viel zu wenig Katholiken seien. Rasse man die theologische Fakultät weg, deren Dozenten natürlich Katholiken sein müssen, so sind unter den 43 übrigen ordentlichen Professoren 37 Protestanten, 3 Juden und 3 Katholiken, wobei die beiden konfessionellen Dozenten der philosophischen Fakultät mitgerechnet sind. Ohne diese wäre nur 1 Katholik vorhanden, in der medizinischen Fakultät; die anderen Fakultäten zählen keinen.

Mit dieser Tatsache will nun die Zentrumspresse der katholischen Volksseele bei den Wahlen einheizen. Der „Beobachter“ schreibt nämlich:

„Die Worte des liberalen Politikers von Kottel: Wir Katholiken haben euch Protestanten gastfreundlich aufgenommen.“

klagt. Es kam aber niemand. Das Weiße in der Haut blieb unbeweglich; es war noch immer da, aber es kam niemand.

Schließlich sagte er sich, daß er weiter mußte. Es könnte aussehen, als wenn er launisch wollte; und mit diesen Damen war nicht gut Kirchen essen. Man konnte nie wissen, auf wen das Weiße wartete. Hoffentlich hatte sie ihn nicht bemerkt. Carlsen war etwas unsicher geworden. Wie mit schlechtem Gewissen und doch in geheimer Spannung ging er weiter. Er wünschte nur, daß er unerkannt vorüber wäre. Er hatte keine Lust, es mit diesen Weibern zu verderben. Nun war er ganz nahe herangekommen. Seine Spannung stieg aufs Höchste. Das Weiße war noch immer da. Geheimnisvoll und unbeweglich.

„Guten Abend, Carlsen.“ sagte es gedämpft und leise. Er blieb stehen. Es war etwas in dem Gruß, das ihn so warm durchdrann. Oder wollte sie ihm nur zeigen, daß er erkannt war?

„Carlsen.“ kam es flüsternd und mit heimlichem Lachen. Es klang so verschwiegern. „Was soll ich?“ Er sprach unwillkürlich rauh, wie um die dunkle Nacht zu bannen. Sie stand aber unbeweglich in der Tür.

„Kommen Sie!“ Er fühlte, daß die Beine schwer wurden, aber es zog ihn hinüber. Er näherte sich. Es war ihm, als ginge er in einen Abgrund; aber er ging. Nun stand er im Dunkeln bei ihr. Es war die Schwarze.

„Guten Abend.“ sagte er gedämpft. Er war heiß und ödlig unbeholfen. „Guten Abend.“ Sie zog ihn in den Schatten der Tür hinein; dann schlang sie beide Arme um ihn und küßte ihn. (Fortsetzung folgt.)

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

„Tristan und Isolde.“

Es scheint überhaupt keine anderen Opern mehr zu geben, was Selbstentzöner zu prüfen, wie die Wagnerabern. In diese

men, ihr aber werdet uns noch aus unserem eigenen Gause herauswerfen, sind in Erfüllung gegangen. Manchem heutigen Politiker von der Linken ist auch diese Vorzugstellung des einen Konfessionskreises noch nicht genug. Er möchte die theologische Fakultät von der Universität Freiburg entfernen, d. h. die Katholiken vollständig ausschalten. Denn die zwei konfessionellen Lehrstühle sind auch mit Berücksichtigung der Freiburger Theologie-Studierenden errichtet worden. Zu diesen Politikern gehören die Sozialdemokraten und die badische Fortschrittliche Volkspartei. Die letzteren wollen nämlich die theologischen Fakultäten vollständig abschaffen, die letztere will die theologischen Fakultäten nur als interkonfessionelle Abteilungen im Lehrkörper der Universität erhalten. Es ist daher unbegreiflich, daß es Katholiken gibt, die noch etwas auf ihre Religion halten wollen, aber dergleichen Politikern bei den Wahlen ihre Stimme geben. Eine solche Vernachlässigung der eigenen Interessen muß bei den Katholiken aufhören. Kein Katholik darf einem solchen Kandidaten seine Stimme geben, der gegen den Bestand der theologischen Fakultät an der Universität Freiburg stimmen will. Nicht anders liegt die Sache bei den Evangelischen.

Das sind natürlich Wahlfläusen. Sehr richtig bemerkt hierzu der „Schwab. Merkur“: „Der „Beobachter“ zweifelt nicht, daß hier eine Zurücksetzung vorliege, müßte dies aber doch hier durch beweisen, daß geeignete katholische Professoren bei den Berufungen übergangen worden seien. Man kann die Sache auch anders ansehen: Wenn kein „Angebot“ da ist, um den neulich aufgetakelten Ausdruck zu gebrauchen, so kann keine Berufung erfolgen. Die weiteren Folgerungen seien dem „Beobachter“ überlassen.“

Prozeß-Sechslange.

Der bekannte politische Prozeß des Vikars Berger in Säckingen gegen den Redakteur Mehr derselbst will noch nicht zur Ruhe kommen. Das Oberlandesgericht hat, wie wir seinerzeit berichteten, das Waldshuter Strafkammerurteil, wodurch Mehr zwar der Beleidigung für schuldig, aber für straffrei erklärt wurde, aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung an das Landgericht in Freiburg verwiesen. Dieses hat dann den Redakteur Mehr wegen Beleidigung des Vikars Berger zu 80 M. Geldstrafe und einem Teil der Kosten verurteilt. Dagegen hat jetzt Mehr wieder Revision ans Oberlandesgericht eingelegt. Die Sache kommt am 10. Juli zur Verhandlung.

Wie kommt man in die Erste Kammer?

Aus Baden wird der „Straßb. Post“ geschrieben: An dem Gymnasium einer badischen Stadt wurde dieser Tage die mündliche Abiturientenprüfung von einem Mitgliede des früheren Oberschulrats abgehalten. Die Prüfung in der Geschichte neigte sich nach einem im allgemeinen befriedigenden Verlauf für beide Teile dem Ende zu, als der Prüfungskommissar in das neuerdings als Unterrichtsgegenstand vielbesprochene Gebiet der Staatsbürgerkunde übergriff und an einem frischen, starken jungen Mann die Frage stellte: „Nun, vielleicht können Sie mir noch sagen, wie wäre es möglich, daß Sie in die Erste badische Kammer kommen könnten?“ Darüber etwas erstaunte Gesichter der Lehrer und Examenkandidaten. Aber der wackere Schwabe sprach sich nicht, und die Antwort war sofort zur Stelle: „Als Erzbischof, Herr Geheimrat.“ Der Erfolg davon war der, daß der Prüfungskommissar, die der Prüfung anwesenden Lehrer und die in Examenstunden schweigenden Primaner in mehr oder minder helles Lachen ausbrachen. Die schwierige Examenfrage war somit gelöst.

Ueber rigorose Behandlung der Reisenden auf der Bahn

wird der „Frankf. Ztg.“ von einem Badener wie folgt geklagt:

„Ein Säckingen fährt von Heidelberg nach Mannheim. Ein Salonwagen ist angehängt, in dem sich die Großherzogin-Witwe Luise befindet. In Friedrichsfeld geht der Schaffner durch alle Wagen und sagt in nasendem Tone: „In

Tatsache müssen wir uns ebenso hineinfinden, wie in die beständige Wiederholung der Wagneroper bis zum Uebelwerden. So brachte uns denn der Sonntag eine Wiederholung von „Tristan und Isolde“, trotz der vorhergegangenen Landhäuser-Aufführung und der am Mittwoch folgenden Robergins-Aufführung. Etwas reichlich viel in so kurzer Zeit, das muß man schon sagen. Daß zu dieser Tristan-Aufführung wieder zwei Gäste nötig waren, versteht sich eigentlich von selbst. Als erster Gast ist Sophie Palm-Cordes vom Hoftheater in Stuttgart als „Isolde“ zu erwähnen. Ihre Wiedergabe zeichnete sich neben den stimmlichen Vorzügen, durch eine wunderbar gezeichnete Charakterisierung aus. Alle feinsten Register vom süßlichen Haß bis zur verklärten Liebe waren in ungemein feiner Zeichnung ausgeprägt. Die stimmlichen Qualitäten sind ganz hervorragend von selten gebührend Wohlklang und herrlicher Kraft und Fülle. So kann man getrost sagen, daß sich diese „Isolde“ ruhig neben diejenige von Nische-Endorf stellen kann. Selbstverständlich war das Publikum von dieser Prachtleistung wie in einem überirdischen Rausch geschlagen und spendete reichen Beifall. Leonor Engelhard (Dessau) als „Tristan“ hätte in einem anderen Rahmen als dem hiesigen sicherlich ebenfalls vorteilhaft abgemessen. Neben einer solchen stimmgewaltigen Partenerin mußte sein Stimmfundus unzulänglich erscheinen. Sollte ein Engagement ins Auge gefaßt werden, muß man erwägen, daß unsere hiesigen Vertreterinnen des dramatischen Faches ebenfalls mit häufigen Stimmmitteln ausgestattet sind. Sein sonst sympathisches Organ ist für einen Heldentenor zu sehr horizontal gefaßt, tremoliert mitunter, so daß das Urteil kein einseitig günstiges und für unser Hoftheater empfehlendes ist. Die erforderliche Höhe ist wohl vorhanden, es fehlt ihr aber an Kraft und wohlwährendem Schmelz. Fritz Cortolozis leitete wieder diese Aufführung und bleibt unser günstiges Urteil von seinem ersten Dirigieren in vollem Umfang bestehen. W. Sch.

Naturtheater Detigheim. Das Lustspiel auf der Naturbühne Detigheim war am letzten Sonntag derart stark besucht, daß außer einigen Sonderzügen neben den regelmäßigen Theaterzügen von Karlsruhe ab noch ein Ergänzungszug eingelegt werden mußte. Trotz des ungünstigen Spielwetters war das Spiel völlig ausverkauft.

Die Aufführung ging trotz strömenden Regens ungehindert vor sich und fesselte die gewaltige Zuschauermenge bis zum Ende. Die wackeren Darsteller ernteten für ihr großes Opfer reichen Beifall.

Mannheim niemand aussteigen, bis die Großherzogin Luise den Zug verlassen hat!“ In Mannheim fährt der Zug langsam ein, alle Passagiere stecken die Köpfe zum Fenster hinaus. Eben wird am Hofwagen ein Trittbrett heruntergelassen, der Bürgermeister mit einem mächtigen Wulst und noch einige hohe Beamte stehen vor dem Hofwagen und machen ihre Anzüge. Im letzten Wagen will ein robuster Mann heraus, der Schaffner springt herbei und wehrt es ihm. „So lasse Sie mich doch raus, ich hab wichtige Geschäfte!“ ruft jener. „Niemand darf raus“, schreit der Schaffner, „dort vorne ist die Großherzogin und da darf niemand raus.“ „Ich sag Ihnen, ich geh raus“, schreit der Passagier, „ich hab ja nur dazuge, daß do vorne die Großherzogin ist, aber ich hab Geschäfte und geh raus.“ — „Sie bleibe drinn.“ — „Ich geh raus.“ — „An Sie bleibe drinn.“ — Da macht der Mann die Tür auf, der Schaffner schlägt sie wieder zu; es schreit noch Einer, er muß auch raus. Mit einem Ruck fliegt die Tür wieder auf und der Passagier steht auf dem Perron und schreit aus Leibeskräften: „Ich bin doch kein Sträfling, daß Sie mich nit raus lasse, ich hab zu tun in Mannheim und hab gar nit dazuge, daß da vorne die Großherzogin is und daß die Annere deshalb mit raus dazuge, aber ich hab Geschäfte“, schreit er fort und fort und geht dabei durch die Sperre. Wie er schon durchgegangen ist, ruft ihm der Schaffner nach: „Noo, ich will Ihre meinthege durchgeh'n lasse.“ Da lacht der Passagier laut auf und ruft: „Danke schön.“ Ist es nicht sonderbar, daß nur der eine Passagier gegenüber der denoten Willkür der Beamten sein Recht wahrte?“

Mit Verlaul! Das ist gar nicht sonderbar. Bei dem angeborenen und angezogenen devoten Charakter der Deutschen muß man sich wundern, daß wenigstens einer den Mut hatte, einer devoten Beamtenwillkür zu trotzen. Aus welchem Grunde sollen die Reisenden, die zum Teil wichtige Berufsgeschäfte haben und bei denen es heißt: „Zeit ist Geld!“ nicht aussteigen dürfen, wenn irgend eine fürtlliche Person im Zuge ist, die zuerst aussteigen soll? So wichtig sind meist die Geschäfte dieser Leute nicht, daß alle übrigen Passagiere deshalb warten und ihre gute Zeit zu veräumen brauchen.

Wer viel mit der Bahn reist, hat öfters Gelegenheit, sich Gedanken darüber zu machen, mit welcher nicht zu überbietenden Unterwürfigkeit und affenartigen Behendigkeit für die Bequemlichkeit sogen. hoher und allerhöchster Persönlichkeiten gesorgt und wie auf der anderen Seite oft der gemeine Mann aus dem Volke, insbesondere aber der Arbeiter mit einer Wochenkarte, behandelt wird.

Eine nationalliberale Vertrauensmänner-Versammlung des Wahlkreises Lahr-Land-Altenheim

tagte verfloffenen Sonntag in Lahr. Der Generalsekretär der nationalliberalen Partei, Herr Schwaier, sprach über die politische Lage und begründete das Abkommen zwischen den drei Linksparteien und widerlegte die Vorwürfe des Zentrums gegen die Nationalliberale Partei. Das Abkommen verfolgte zwei große Ziele, die ohne dasselbe nicht erreichbar seien: die Verhütung einer clerikal-konservativen Mehrheit in der Zweiten Kammer und die Herbeiführung einer Mehrheit für das Proportionalwahlgesetz. Wenn es nach dem Blockabkommen notwendig sei, in Lahr-Land-Altenheim für einen fortschrittlichen Kandidaten zu stimmen, so geschehe das nicht nur im Interesse des ganzen Landes, das man vor einer clerikal-konservativen Herrschaft bewahren wolle, sondern auch in dem der Nationalliberalen Partei, für die in 44 anderen Wahlkreisen die Fortschrittliche Volkspartei eintrete.

Die Besprechung ergab volle Einmütigkeit dahin, daß es zwar erfreulicher gewesen wäre, wenn im Bezirk Lahr-Land-Altenheim ein nationalliberaler Kandidat hätte aufgestellt werden können, daß es aber unbedingt notwendig sei, das Blockabkommen zu halten und somit in den bevorstehenden Wahlkampf mit aller Entschiedenheit für den von der Fortschrittlichen Volkspartei aufgestellten Kandidaten einzutreten.

Landtagskandidaturen.

Der Bezirksauschuß der Nationalliberalen Partei des 56. Landtagswahlkreises Schwetzingen hat einstimmig den Zimmermeister Schmitt jun. als Kan-

Die für Vereine vorgesehenen Plätze sind für den ganzen Monat Juli voll belegt. Vereine, die in den Monaten August, und September noch auf sichere Berücksichtigung rechnen, tun gut daran, sich alsbald bei der Theaterkasse in Detigheim für einen bestimmten Tag anzumelden. Bei dem großen Andrang wird die Spielleitung sich notgedrungen dazu berufen müssen, außer den beiden Mittwoch-Spieltagen am 27. August und 3. September noch einen weiteren Wochentags-Spieltag einzulegen.

Kleines feuilleton.

Die Gassenjungen von Neapel, scugnizzo auf echt neapolitanisch, sind als enfants terrible aller Welt bekannt; die unglaublichsten Streiche sind von ihnen zu erwarten. Daß aber einer davon auch gar noch so viel kindliche Einfachheit besitzt, um Banknoten zu verschlingen, übertrifft jedenfalls die kühnsten Erwartungen. Vor wenigen Tagen stand ein rotbackiges Bäckchen am Tramhalteplatz beim Museum S. Martino und belustigte sich damit, den Ausschreiter eines Kinetographentheaters zu spielen und alle Vorübergehenden zum Besuch eines solchen einzuladen. Soweit wäre die Vorübung zum Schauspielerberuf nicht bedenklich gewesen; aber der kleine Ausrufer verteilte auch sofort Eintrittskarten und Programme an jeden, der vorbeikam, und diese angeblichen Reklamezettel waren nichts anderes als echte und rechte Banknoten von 50 und 100 Lire. Sonst pflegt das Straßenpublikum die Reklamezettel, die ihm zugesteckt werden, sofort in den Kinnstein zu werfen, in diesem Falle aber bewahrte jeder das geschenkte Papier sorgfältig und ging seines Weges weiter. Dieses Spiel eines glücklichen Zufalles hätte noch manchen erfreut, wenn nicht die Wäter von zwei mit solchen Kinetopp-Programmen beglückten Anaben die Sache bemerkt und ihr nachgeforscht hätten. Da stellte sich heraus, daß der vielversprechende scugnizzo auf dem Grundstück seines Vaters kurz zuvor einen ganzen Haß solcher Papiere gefunden hatte, die ihm die Anregung zu seinem eigenartigen Spiel gaben. Die Noten waren vor Dieben vorläufig verstaubt worden, und es gelang auch, den rechtwähigen Besitzer ausfindig zu machen. Aber dessen Freude war nicht ungetrübt, denn von 2025 Lire, die der lustige Junge verschluckt hatte, konnten nur 900 zurückverlangt werden.

didaten für die Landtagswahlen nominiert. Schmeisingen ist einer der 5 Kreise, in denen seitens der bürgerlichen Parteien neben dem nationalliberalen auch ein fortschrittlicher Kandidat aufgestellt werden muß. Vor 4 Jahren fiel das Mandat im zweiten Gang mit 2839 gegen 2564 Stimmen an Kahn (Soz.), der bei der Hauptwahl 1978 Stimmen erhalten hatte, während auf den Kandidaten des Rechtsblocks, Pfarrer Karl, 1686, auf die Nationalliberalen 694, die Fortschrittler 645 Stimmen entfielen waren.

Eine stark besuchte Versammlung der Nationalliberalen Partei des Landtagswahlkreises Heidelberg-Eberbach (68. Landtagswahlkreis, bisher Maier, Soz.) stellte gestern Herrn Stadtrat und Kaufmann Karl Krauth-Eberbach einstimmig als Kandidaten auf. In Lahr-Land wurde seitens der Fortschrittlichen Volkspartei der seitherige Abgeordnete, Buchinspektor a. D. A. Sink in Gundelfingen als Kandidat für die nächste Landtagswahl aufgestellt.

In Kehl der bisherige nationalliberale Landtagsabgeordnete Bürgermeister Dietrich von Kehl.

In der Mitgliederversammlung des Vereins der Fortschrittlichen Volkspartei in Offenburg wurde einstimmig der seitherige Vertreter des Wahlkreises Offenburg-Stadt, Muser, als Kandidat für die bevorstehenden Landtagswahlen aufgestellt. Die Abstimmungsergebnisse waren im Jahre 1909: Muser (Sp. von den Natl. unterstützt) 773, Simmler (Ftr.) 947, Monich (Soz.) 682 Stimmen. In der Stichwahl siegte Muser mit 1343 Stimmen über den Zentrumskandidaten, der 1085 Stimmen erhielt.

Überall Maulwurfsarbeit.

Wie in Lahr-Land geht man auch im Bezirk Meßkirch-Stodach seitens des Zentrums damit um, einen rechtsnationalliberalen Großblodgegner aufzustellen. Nach einer Mitteilung des Abg. Benedy in der „Neuen Konst. Abendztg.“ soll in diesem Wahlkreis, den bisher der nationalliberale Abgeordnete Meißhaupt vertritt, das Zentrum einem Manne die Kandidatur angetragen haben, der bisher für liberal galt und sich vorläufig Bedenken ausgedrückt hat.

So legt Wader überall seine Wingen; an den Linksparteien liegt es, dieser politischen Korruptionsarbeit den Erfolg zu sperren.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Partei Badens.

Der Landesvorstand hat schon wiederholt — zuletzt auf der Freiburger Tagung — darauf aufmerksam gemacht, daß von einer Anzahl Landtagswahlkreise die Wahlkomitees (Name und Wohnort des Vorsitzenden und Kassiers) noch nicht angemeldet wurden, und daß ferner noch eine Reihe Wahlkomitees mit der Einreichung ihrer Kostenvoranschläge im Rückstande sind. Im Interesse der glatten Abwicklung der Geschäfte ersucht der Landesvorstand die Säumigen erneut, ihren Verpflichtungen sofort nachzukommen, die Wahlkomitees anzumelden und die Kostenvoranschläge bis spätestens 10. Juli d. J. an den Unterzeichneten einzuliefern.

Von denjenigen Wahlkreisen, die bis zu diesem Termin einen Voranschlag über Einnahmen und Ausgaben nicht einreichen, muß der Landesvorstand annehmen, daß die Mittel zum Wahlkampf in diesen Kreisen selbst aufgebracht werden und auf irgendwelche Zuschüsse verzichtet wird.

Mannheim, den 1. Juli 1918.

Der Landesvorstand.

J. A.: Karl Kahn, Mannheim, 32, 15a III.

Delegation zum Jenaer Parteitag. In Mannheim ist Gen. Arbeitersekretär Richard Böttcher durch Urabstimmung für den 11. Kreis zum Delegierten des Jenaer Parteitags gewählt worden. Er erhielt 818, die Genossen Gg. Lehmann 858 und Max Arnold 270 Stimmen.

Aus der Rotenliste der Partei. In Berlin ist Genosse S. Ziesch, der Sekretär der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, gestorben. Er war erst 36 Jahre alt.

Gebührenverordn., 7. Juli. Der Gemeinderat Christian Zimmernann ist per Ende des ersten Quartals aus der Parteioffiziation ausgetreten. Der Austritt erfolgte wegen örtlicher Differenzen, die aber eigentlich keinen Grund zu einem derartigen Schritt find.

Soziale Rundschau.

Über die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande

hat für Baden Amtmann Dr. Secht in Forzheim kürzlich interessante Feststellungen gemacht, auf die das Aprilheft der Zeitschrift für Sozialwissenschaft aufmerksam macht. Danach ist die Wohnnotwendigkeit auf dem Lande noch größer als in der Stadt, wobei nicht zu berücksichtigen ist, daß die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande viel mannigfaltiger sind als in der Stadt, so daß also in den ungünstigen Gegenden die Verhältnisse noch wesentlich schlechter sein müssen als der Durchschnitt. Im Jahre 1900 (letzte Wohnzählung) kamen in der Stadt 1,24 Personen auf einen Wohnraum, auf dem Lande aber 1,44 Personen. In den Amtsbezirken Emmendingen, Kehl, Naaiat, Bretten, Bruchsal, Durlach, Ettlingen, Karlsruhe, Forzheim, Weinheim, Seelberg, Sinsheim und Wiesloch gab es in demselben Jahre 1607 Haushaltungen von sechs und mehr Personen, die auf einen Wohnraum angewiesen waren. Davon entfielen auf die Amtsstädte 190, auf die Landgemeinden 1417.

Aber auch der Zustand der Wohnungen ist auf dem Lande vielfach schlechter als in der Stadt, nicht nur weil oft Stallungen und andere ungeeignete Nebenräume in Wohnungen umgewandelt werden und auch sonst oft die unmittelbare Nähe des Stalles ungünstig wirkt, sondern vor allem, weil die Frau entweder in die Fabrik gehen muß und dann infolge des weiten Weges noch weniger als die städtische Arbeiterfrau Zeit und Kraft hat, die Wohnung imstande zu halten oder ihr die Versorgung des ganzen landwirtschaftlichen Betriebs obliegt und sie infolgedessen auch wieder nicht dazu kommt, die Wohnung zu betreten. Auch das Inmietewohnen ist auf dem Lande sehr verbreitet. Selbst in den Gemeinden unter 2000 Einwohnern sind nur 72,8 Prozent aller bewohnten Gebäude vom Eigentümer allein bewohnt, in Orten von 2000 bis 5000 Einwohnern sogar nur 58,8 Prozent.

Die Gemeinnützigkeit der Deutschen Volksversicherung A.G. Die Gründung dieser politischen Gesellschaft, die nicht nur zu dem Zweck der Bekämpfung der Volksfürsorge, sondern auch der Sozialdemokratie von einer ganzen Reihe von Privatversicherungs-Gesellschaften auf Anregung des Präsidenten des Kaiserlichen Gesundheitsamtes unternommen wurde, erfolgte am 12. Dezember 1912 im Weinhaus „Mingelb“ in Berlin. An

der Spitze ihres Aufsichtsrats steht bekanntlich Graf von Posa-dowitsch.

Über die Gründungsversammlung ist ein ausführliches gedrucktes Protokoll verfaßt worden, zweifellos auch an die bei dieser Gesellschaft beteiligten Kirch-Dunderschen und christlichen Gewerkschaften. Das Kaiserliche Gesundheitsamt hat die Tarife und Versicherungsbedingungen genannter Aktiengesellschaft am 20. Juni d. J. genehmigt; der Geschäftsbetrieb soll jetzt eröffnet werden.

Da bei dem Verfaßt des Gründungsprotokolls gar nicht besonders wählerisch verfahren wurde, sind auch wir in den Besitz desselben gelangt. Wir haben sehr lange gezögert, aus demselben etwas zu veröffentlichen, weil wir der vielleicht etwas naiven Auffassung waren, die Kirch-Dunderschen und christlichen Gewerkschaftsführer würden auf Grund dieses Protokolls ihre Mitglieder warnen, bei der Deutschen Volksversicherungsgesellschaft Versicherung abzuschließen. Das Gegenteil ist jedoch der Fall; in spaltenlangen Artikeln wird in den Kirch-Dunderschen und christlichen Gewerkschaftspresse Klame für das neue „gemeinnützige“ Unternehmen gemacht, ja, einige Zahlstellen der genannten Verbände haben sich schon ausdrücklich als Geschäftsstellen der neuen Aktiengesellschaft etabliert. Angesichts dieses Umstandes dürfen wir nicht länger schweigen, um die in den Kirch-Dunderschen und christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter zu warnen, bei dieser neuen — nicht gemeinnützigen, sondern ganz nach den Grundfahen privatkapitalistischer Aktiengesellschaften organisierten Gesellschaft Versicherungen abzuschließen.

In richtiger Selbsterkenntnis wurden in der Gründungsversammlung, an welcher als Vertreter von 29 privaten Lebensversicherungs-Aktiengesellschaften 81 Direktoren resp. Generaldirektoren und ein Rechtsanwalt teilnahmen, zunächst beschlossen, im § 1 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages das Wort „gemeinnützige“ zu streichen. Wie zutreffend diese Streichung war, ergeben die Ausführungen über § 18 des Gesellschaftsvertrages, welche wir in ihrem ganzen Wortlaut folgen lassen: „Über den § 18 entspringt sich eine lebhaft Diskussion; die Mehrheit ist der Ansicht, daß es sich empfiehlt, den Vorstand in irgend einer Weise am Reingewinn zu interessieren, daß aber über die Art der Gewinnbeteiligung des Vorstandes in die Satzung keine Bestimmung aufgenommen werden dürfe.“

Bzüglich des Gehalts des amtierenden Direktors heißt es dann am Schlusse des Protokolls: „Hinsichtlich des Gehalts der neuen Anstellung ist die Versammlung der Meinung, daß Personen im Alter von mehr als 50 Jahren für diesen Posten im allgemeinen nicht, sondern nur dann in Frage kommen, wenn es sich um eine Kraft ersten Ranges handelt, und daß man bei Festsetzung des Anfangsgehältes nicht unter 20 000 M. heruntergehen dürfe.“ Und zu diesem bescheidenen Anfangsgehälte eine „steigende Remuneration“ resp. Gewinnbeteiligung nicht nur für den Herrn Direktor, sondern für den Gesamtvorstand. Ebenso bescheiden ist der Gehalt des Aufsichtsratsvorsitzenden, bei dem Herr Generaldirektor Gerkenberg es schließlich infolge seiner Beteiligung am Gewinn auf 700—800 000 M. Jahres-einkommen und der Vorstand auf Rantienen in Höhe von 720 824,95 M. brachte. — Als selbstverständlich dürfen wir wohl voraussetzen, daß, wenn der Vorstand „in irgend einer Weise am Reingewinn interessiert“ wird, auch der Herr Graf v. Posadowitsch und seine Aufsichtsratskollegen nicht leer ausgehen werden. Und nun das interessante Moment bei der Sache! In ihren Publikationen, die zurzeit die Kunde durch die Presse machen, erklärt die Deutsche Volksversicherung A.G.: „Eine Gewinnbeteiligung des Aufsichtsrats oder des Vorstandes findet nicht statt. Der Aufsichtsrat übt sein Amt als unbesoldetes Ehrenamt aus.“ In dem gedruckten Gründungsprotokoll heißt es jedoch ausdrücklich: „Die Mehrheit ist der Ansicht, daß es sich empfiehlt, den Vorstand in irgend einer Weise am Reingewinn zu interessieren.“ Über die Gewinnbeteiligung soll aber weder der Gesellschaftsvertrag, noch der Regenschaftsbericht einen Hinweis enthalten. Ein solcher Hinweis könnte der „nationalen“, „gemeinnützigen“, kapitalistischen Erwerbsgesellschaft schaden, deshalb muß die Gewinnbeteiligung des Vorstandes vor den Versicherten sorgfältig geheim gehalten und ihnen gegenüber das Gegenteil behauptet werden.

Und nun noch einige Schlaglichter auf die hinter den Kulissen geführten Verhandlungen. Da berichtet zunächst Herr Regierungsrat Dr. Hager, „daß die Arbeitgeberorganisationen großen Wert darauf gelegt hätten, im Aufsichtsrat vertreten zu sein“. Da dies nach dem Gesellschaftsvertrage nicht gut möglich ist, wird ihnen eine Vertretung im Versicherungsbetrag eingeräumt. Ein gar mächtiger Mann scheint Herr Erzberger zu sein. Der Vorsitzende berichtet über ihn: „Der Reichstagsabgeordnete Erzberger habe sich ihm gegenüber bereit erklärt, die „Leo“-Tasse mit mehr als 100 000 Mitgliedern in totale Rückbedeckung zu geben.“

Nun wissen die Mitglieder der „Leo“-Tasse doch, wozu die Tasse geht; Erzberger, der Universalgenie, wird die Tasse bald dieser „nationalen“ kapitalistischen Gesellschaft angliedern, „Giesberts und Wehrens“, erzählt der Vorsitzende weiter, „sind der öffentlich-rechtlichen Volksversicherung nicht abgeneigt“. Aber wiederum läßt der Vorsitzende den starken Mann reden; er sagt: „Reichstagsabgeordneter Erzberger habe ihm gegenüber betont, daß man sich von den christlichen Gewerkschaften nicht beeinflussen lassen solle. Das Zentrum wünsche jedenfalls keine Verstaatlichung und trete daher für die privaten Gesellschaften ein.“

Inzwischen scheinen die christlichen Gewerkschaften sich dem Beschl der Diktators Erzberger gefügt zu haben, denn sie treten ja jetzt mit Pauken und Trompeten für die kapitalistische „Nationale“ ein. Zum Schluß noch eins: Die Deutsche Volksversicherung A.G. folgt den Spuren der in der Auflösung begriffenen Vereinsversicherungsanstalt in Düsseldorf. Auch sie prahlt genau so wie die Öffentlich-rechtlichen mit höheren Versicherungssummen als die Volksfürsorge. Nur etwas vorsichtiger geht sie dabei zu Werke! „Eine Gewinnbeteiligung bei den Versicherten tritt erst nach Ablauf von fünf Versicherungsjahren ein!“

Gewinnbeteiligung der leitenden Personen von Anfang an, Gewinnbeteiligung der Versicherten erst, nachdem sie fünf Jahre lang Prämien gezahlt haben — wer zweifelt angesichts dieser Tatsachen noch daran, daß diese unter Aufsicht eines Kaiserlichen Regierungskommissars stehende Aktiengesellschaft von „echt nationalem“, „gemeinnützigem“ Geiste befeelt ist und sich ebenso vorzüglich zur Bekämpfung der Volksfürsorge und — wie sie selbst ostentativ betont — zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie eignet, wie die jetzt auf dem Sterbebette liegende Versicherungsanstalt in Düsseldorf!!

Gewerkschaftliches.

Weinheim, 7. Juli. Zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Baugewerbe ist eine Vereinbarung in der Lohnarbeitsfrage zustande gekommen, wonach heute, Montag, früh nach achtwöchiger Dauer des Bauarbeiterstreiks die Arbeit auf sämtlichen hiesigen Bauten wieder aufgenommen wird. Die Organisation der Bauarbeiter erzielte eine Lohnerhöhung von 6 Pf.

Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter hält in diesen Tagen in Aachen seine Generalversammlung ab. In einer Versammlung des Vorstandes im „Bergknappen“ über die Bedingungen, unter denen die Vertreter der Presse Zutritt zu den

Verhandlungen haben sollten — sie mußten die Organe an-geden, für die sie berichten wollten —, war nur von bürgerlichen Blättern die Rede. Auf die Anfrage eines parteigenössigen Journalisten wurde diesem der Bescheid, daß die sozialdemokratische Presse grundsätzlich ausgeschlossen sei. Die versprochene schriftliche Befehdserteilung hat man für gut gehalten, zu unterlassen. Lediglich hat man die Vertreter des Bergarbeiterverbandes schon seit Jahren vom Zutritt zu den Generalversammlungen ausgeschlossen. Ein Gebaren, das nicht nur kindisch ist, sondern das auch von einem schlechten Gewissen zeugt. Dem Bergarbeiterverband gegenüber bedeutet dieses Verhalten überdies eine besondere Mißbilligung, da umgekehrt die christlichen Bergarbeiter erst noch in diesem Jahre auf der Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes in Hannover das ihnen gewährte Zutrecht in denbar häßlichster Weise mißbraucht haben.

Aus dem Geschäftsbericht des christlichen Verbandes ist in erster Linie die Tatsache hervorzuheben, daß die Mitgliederzahl von 84 321, die für 1911 angegeben wird, auf 77 967 im Jahre 1912 zurückgegangen ist. In Wirklichkeit ist der Verlust — selbst nach den gewiß möglichst günstig dargestellten Zahlen des Verbandes — noch viel größer, denn der Bericht führt an, daß im Jahre 1912 18 000 Neuaufnahmen gemacht worden seien. Und trotzdem der Schlusseffekt am Ende des Jahres 1912 ein Rückgang der Mitgliederzahl um 6364 in einem Jahre! Das wäre also ein Gesamtverlust von 24 364 Mitgliedern!

Eine drastische Quittung über den Verrat der Streifbrüch-Christen. Das will man natürlich nicht wahr haben. So hilft man sich über die Ursachen dieses Verlustes in dem Bericht wie folgt hinweg: „Sehr schädigend wirkte die nach dem Streik einsetzende Arbeitslosigkeit und Gewerkschaftsmüdigkeit. Wie immer nach verlorbenen Bewegungen machte sich auch hier die bezeichnende Stimmung geltend und verhinderte für einige Zeit jeden Fortschritt. Umjohrer konnte das geschehen, als nach dem Streik auf den Gruben des Ruhrgebietes mit Hochdruck die selben Gewerkschaften gefördert wurden. Mander Unorganisierte und auch einzelne verärgerte oder nicht auf ihre Rechnung gekommene Organisierte wurden für die selben gewonnen. Eifrig wurde jedoch von den Förderern der selben unsere Bewegung verächtigt und nach Möglichkeit zu schädigen gesucht. In Verbindung damit wird auch der sogenannte Gewerkschaftsstreit und die sich anschließende schädigende konfessionelle Debe besprochen. Es heißt dort u. a.:

„In der zweiten Hälfte des Jahres 1911 und den ersten Monaten 1912 hatten wir infolge der Gesamtlage im Ruhrgebiet mehr als früher Eingang in den evangelischen Kreisen gefunden, die uns früher mißtrauisch und ablehnend gegenüberstanden. Der Gewerkschaftsstreit gab dann trotz seiner auch vom evangelischen Standpunkt aus einwandfreien Erledigung manchen Neugewonnenen wieder Veranlassung, uns den Rücken zu kehren.“

Streik der Handschuhnäherinnen im Erzgebirge. In Johann-Georgenstadt haben dieser Tage 500 Handschuhnäherinnen die Arbeit eingestellt, weil die Fabrikanten ihre Forderung nach einer geringen Lohnzulage abgelehnt hatten. Die Zahl der streikenden Näherinnen ist auf nahezu 1000 angewachsen. Fast sämtliche Arbeiterinnen in der Branche sind organisiert. Den wenigen arbeitswilligen Näherinnen suchen die Behörden Rat zum Streikbruch dadurch zu machen, daß sie den § 153 der Gewerbeordnung im Wortlaut zur öffentlichen Kenntnis bringen. Die Löhne sind seit 20 Jahren nicht erhöht, sondern nur reduziert worden. Die Stimmung unter den Streikenden ist die denkbar beste, ihre Haltung ausgezeichneter. Der Streik greift auch auf das angrenzende böhmische Gebiet über.

Fabrikarbeiterstreik in den Wilhelmsburger Palmnwerken. Die Arbeiter der Firma S. Schind u. Cie., „Palmnwerke“ in Wilhelmsburg bei Hamburg, haben am 2. Juli wegen Nicht-erkennung ihrer Forderung die Arbeit eingestellt. Streikbrecheragenten sind nunmehr auf die Suche nach arbeitswilligen. Wir ersuchen, diesen Agenten überall scharf auf die Finger zu sehen. Besonders werden sie bemüht sein, gelübte Oelpressenarbeiter zu bekommen. Zugang von Fabrikarbeitern, Arbeiterinnen, Heizern, Maschinisten und Handwerkern ist streng fernzuhalten.

Achtung, Prägereiarbeiter und Arbeiterinnen! In Dresden und Umgebung haben die Arbeiter der Platalprägereien den bestehenden Tarif gekündigt und einen neuen Entwurf eingereicht. — Ein Teil der Prinzipale ist anscheinend nicht geneigt, die Forderungen wohlwollend zu berücksichtigen. Außer Nicht-beantwortung des in der höflichsten Form gehaltenen Schreibens der Tarifkommission hat man schon jetzt mit Entlassungen gedroht resp. Kündigungen ausgesprochen, teilweise wird auch den Arbeitern gegenüber eine verlethende Nichtachtung an den Tag gelegt. Es ist anzunehmen, daß größere Differenzen entstehen und die Unternehmer anderweitig Arbeitskräfte anwerben werden, deshalb erachtet die Organisation von allen in Betracht kommenden Arbeitern und Arbeiterinnen, daß sie auf der Hut sind und vor Arbeitsaufnahme nach Dresden und Umgebung genaue Erkundigungen einziehen beim Deutschen Buchbinder-Verband: Dresden-Alstadt, Raulbachstraße 16.

Kommunalpolitik.

Gemeinderatswahl in Grünwettersbach. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Wählerliste zur Gemeinderatswahl auf dem Rathaus zur Einsicht aufliegt. Eine Abschrift derselben liegt im Gasthaus zum „Alder“ auf. Bürgerauskunftung in Kehl am Freitag den 4. Juli. An erster Stelle stand Bewilligung eines Kredits für den Krankenhausneubau. Die Kosten betragen 235 000 M. Hierzu sind 92 000 M. vorhanden, so daß die Gemeinde noch 143 000 M. zu deden hat. Zur Submission des Krankenhauses fragt B.A.M. Weber an, warum man den Neubau nicht an den Mindestfordernden vergeben hat. Der Bürgermeister erwidert, daß so Verfahren werde, damit jeder Unternehmer berücksichtigt werden kann, und zwar nach der Leistungsfähigkeit. B.A.M. Kellner bemängelt ebenfalls das Vorgehen des Gemeinderats. Die Arbeiten sollen nach einem bestimmten Grundsatz vergeben werden. B.A.M. Gen. Lügghausen schießt sich dem an. Die Differenz war nicht so groß, daß man hätte annehmen müssen, daß sich der betreffende Unternehmer durch Verwendung von schlechtem Material und niedrigeren Arbeitslöhnen schadlos halten wird. Was die Leistungsfähigkeit anbetrifft, so habe er gehört, daß dieser Unternehmer eines der leistungsfähigsten von Kehl ist. Es trifft also nicht zu, was der Bürgermeister angeführt hat.

Der Schulhausneubau erfordert einen Aufwand von 225 000 M. Aus dem Schulfond stehen 40 000 M. zur Verfügung, bleiben also der Gemeinde noch 185 000 M. zu deden. 20 000 M. sind notwendig zum weiteren Ausbau der Wasserleitung, diese Summe kann auf die Wasserwerk-lasse übernommen werden. Einstimmig wurden diese drei Forderungen bewilligt.

Zur Erstellung eines Rheinbrüdes hat die Gemeinde das Viegerecht oberhalb des Rheinbrüdes erworben. Der Gemeinderat schlägt vor, das bisher unterhalb des Rheinbrüdes betriebene, Herrn Söhner in Straßburg gehörige Bad und den über den Hafen führenden eisernen Zugangsteg zum Preise von 12 000 M. anzukaufen und oberhalb des Rheinbrüdes anzustellen, mit der Bedingung, daß Herr Söhner auf sein Viege-recht verzichtet. B.A.M. Gen. Bafendorf schießt sich

Organe an-
parteiengemäßig
die sozial-
a. Die ber-
er gut gehal-
Beträger des
tritt zu den
nen, das nicht
Gewissen
deutet dieses
t, da unge-
um Jahre auf
ds in Gan-
schier Weise
andes ist in
Ragierzahl
17 im Jahre
Verlust —
Wahl des
führt an, daß
werden sein.
es 1912 ein
Jahre! Das
dem!
Streifbrü-
en. So hilft
Bericht wie
dem Streif-
igkeit. Wie
ung hier die
einige Zeit
n, als nach
Dochbrud die
Inorganisierte
Rechnung
genommen.
n unsere Be-
genieft. Die
nter Geset-
konfessionelle

den Ankauf des Wades aus, vorausgesetzt, daß sich dasselbe noch in gutem Zustande befindet, und wünscht, daß durch billige Preise auch den Arbeitern Gelegenheit gegeben wird, dasselbe zu besitzen. Der Bürgermeister sagt dies zu, und zwar in dem Sinne, daß an bestimmten Wochentagen der Preis 10 Pfg. betragen soll. Nach weiteren kürzeren Anfragen wurde der Ankauf des Wades genehmigt.

Der letzte Punkt verlangt die Erbauung eines Doppelwohnhauses auf der Kommissionsinsel als Dienstwohnung für den Notar und den Realschuldirektor. Die Ausgaben hierfür sind auf 40 000 Mk. veranschlagt. Dadurch würde die Gemeinde 1400 Mk. sparen, die sie bisher für die Dienstwohnung ausgeben mußte. Außerdem hätte der Staat noch 1100 Mk. Miete zu bezahlen, so daß eine Summe von 2500 Mk. zur Verzinsung des Anlagekapitals vorhanden wäre. B.A.M. Guber meint, es werde ohnehin schon zu viel gebaut, die Gemeinde soll nicht auch noch anfangen, so daß schließlich die Hausbesitzer, die auch Steuern bezahlen müssen, ihre Wohnungen nicht mehr vermieten können. Mit Recht vermisst der Bürgermeister darauf, daß von zu viel leerstehenden Wohnungen gar keine Rede sein könne, vielmehr kann gesagt werden, daß nach dieser Richtung nicht immer alle Bedürfnisse befriedigt werden können. Nach einem kurzen Debate über die Einschätzung von Gebäudewerten, wurden auch diese 40 000 Mk. bewilligt.

Im Laufe der Sitzung wurde von B.A.M. Weber angefragt, daß diejenigen Mitglieder, welche in Zukunft unentschuldig die Sitzung fern bleiben, bestraft werden sollen. Der Bürgermeister meint, daß man diesen Schwänzern auch durch Strafen kein Interesse beibringen kann. B.A.M. Gen. Lüggen führt an, daß es den Arbeitern meistens nicht möglich ist, vorher zu sagen, ob sie gerade zur Stunde abkommen können; es wäre zu wünschen, daß die Sitzungen erst später beginnen würden. Der Bürgermeister sagt zu, in Zukunft die Sitzung erst um 6 Uhr einzuberufen.

r. Die Generalversammlung der Ortskrankenkasse Heidelberg faßte am 29. Juni einige Beschlüsse, die seit Bestehen der Kasse wohl als die wichtigsten angesehen werden können. Zunächst stimmte die Generalversammlung einem Vorstandsantrag zu, die Kasse als Allgemeine Ortskrankenkasse für den ganzen Amtsbezirk auszubauen. Nachdem die Zwangsbeschlüsse des Amtes Anträge auf Zulassung nicht stellten bzw. dieselben zurückzogen, ist die Allgemeine Ortskrankenkasse Heidelberg als Bezirkskrankenkasse gesichert und wird einen Mitgliederbestand von ca. 25 000 gegenüber ca. 12 000 jetzt bekommen. Die gleichfalls einstimmig genehmigte neue Kassensatzung nach der Reichsversicherungsordnung sieht als wesentliche Verbesserung die Bezahlung der Sonn- und Feiertage als Krankheitsstage vor. Eine neue höhere Lohnklasse wird denjenigen Arbeitern, die täglich mehr als 4,50 Mk. verdienen, ein Krankengeld von täglich 2,50 Mk. = 17,50 Mk. wöchentlich gewährt. Den Leibern im Krankenhaus sich befindenden wird nach wie vor ein sogen. kleines Spitalgeld von 15 Prozent des Krankengeldes gewährt. Die schon über ein Jahrzehnt erhobene Forderung der Versicherten auf Abschaffung des unbedingten poliklinischen Arztbesuchs wird ab 1. Januar 1914 in Erfüllung gehen. Von diesem Tag ab werden den Mitgliedern neben 40 praktischen Ärzten 6 praktische Zahnärzte in freier Auswahl zur Verfügung stehen. Allerdings müssen die Herren Ärzte die Situation insofern gründlich aus, als sie pro Kopf und Jahr ein Honorar von 6 Mk. verlangten. Bisher wurde 3—8,50 Mk. auf dem Land bezahlt. Die Beiträge, die bisher 8 Prozent vom durchschnittlichen Tagelohn betragen, werden auf 4 Prozent erhöht. Diese Maßnahme tritt von Amts wegen vom 1. August an bereits in Wirksamkeit. Die genannten Beschlüsse wurden sämtlich durch einstimmige, sowohl seitens der Versicherten als auch seitens der Arbeitgeber, gefaßt. Vorausgegangen separate Besprechungen in beiden Kreisen dürften wohl die Ursache dieser rechtserfreulichen Abstimmung gewesen sein.

Aus dem Lande.

Durlach.
Erfolgreicher Tarifabschluss im Bädergewerbe. Zwischen dem Zentralverband der Bäder und Herrn Bädermeister Lettner in Durlach ist dieser Tage ein für die Geschlossenheit außerordentlich günstiger Tarifvertrag vereinbart worden. Wenn auch Kost und Logis in dem Betrieb des Herrn Lettner im Gegensatz zu der Mehrzahl der Bäderereien von Durlach und Karlsruher seit Jahren den Gästen nicht mehr im Laufe gewährt wurde, so fanden doch die 1910 zwischen Herrn Lettner und der Organisation vereinbarten Löhne auf einem sehr niedrigen Niveau. Schuld daran waren die geradezu erbärmlichen Löhne in den Konkurrenzbetrieben. Beim diesjährigen Tarifabschluss wurden nun die bisherigen Tariflöhne um 4 und 5 Mk. pro Woche erhöht und beträgt nunmehr der Mindestlohn für den letzten Gehilfen 26 Mk. pro Woche. Nach einjähriger Beschäftigung werden den Gehilfen 3 Tage, nach zweijähriger 5 Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes gewährt.

Dieser Tarifabschluss zeigt, daß es auch im Bädergewerbe ganz gut möglich ist, zeitgemäße Löhne und Arbeitsbedingungen einzuführen. Wenn die Karlsruher und Durlacher Bädermeister in ihrer Weisheit sich dahingehenden Bestrebungen mit allen Mitteln entgegenstemmen, so geschieht dies lediglich aus blindwütiger Profitgier und angeborener Mißbilligkeit. Nun, die organisierten Bädereigenen werden trotzdem alles daran setzen, um auch in den übrigen Bäderbetrieben möglichst bald geordnete Verhältnisse zu schaffen. Mit Hilfe der organisierten Arbeiterschaft und des fortschrittlich denkenden Teils der übrigen Bevölkerung, der es schließlich auch nicht gleichgültig sein kann, unter welchen Bedingungen die Erzeuger des täglichen Brotes ihre Arbeit verrichten, wird dieses Ziel trotz aller Widerstände hoffentlich in absehbarer Zeit im Interesse der Bädereigenen wie der brotverzehrenden Bevölkerung erreicht werden.

Brot aus dem geregelten Betriebe des Herrn Lettner ist in allen Läden der Firma Pfannkuch, sowie des Konsumvereins Durlach erhältlich.

Eintrag der Strafmarken. Bei Durchsicht der in letzter Zeit ausgegebenen Fragekarten finden wir, daß noch einige Strafen ausstehen. Wir ersuchen daher die Parteigenossen, welche die Fragekarten ausgefüllt haben, aber noch nicht eingezogen haben, ungenügend dieselben einzuziehen und spätestens bis Samstag, 12. Juli, abliefern zu wollen. Diejenigen, die die Fragekarten in den Strafen, in denen dieselben bereits eingezogen sind, noch nicht ausgefüllt haben, werden ersucht, dieselben ungenügend auszufüllen und an die bekannten Parteigenossen ebenfalls bis nächsten Samstag abgeben zu wollen.

Stellingen.
Bürgerauskunftskarte. Am Donnerstag Abend findet bei Kraut Sitzung statt.
Mutvergiftung. Infolge einer Mutvergiftung ist hier die 12 Jahre alte Tochter des Notarwagenführers Fischer nach kurzem Leiden gestorben. Das Mädchen war unter den diesjährigen Wiederimpfungen.
Rastatt.
Lichtbildvortrag. Zu dem am Freitag, 11. Juli, abends halb 9 Uhr, in „Bündnisse“ stattfindenden Lichtbildvortrag über das Thema: „Was können wir tun, um die Wohnungsverhältnisse zu verbessern?“, Referent: Landeswohnungsinpektor Dr. Kampffmeyer-Karlsruhe, werden die Mitglieder der vereinigten Gewerkschaften mit ihren Frauen freundlichst eingeladen und gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Offenburg.

L. Das Schwurgericht verurteilte in der Sitzung vom Dienstag morgen den in den 30er Jahren stehenden Werkführer Josef Krug der Papierfabrik Ottenhöfen wegen Sittlichkeitsverbrechen zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren, abzüglich 1 Monat Unterjuchungsfrist, nachdem die Geschworenen die Schuldfrage sowohl als auch die Frage nach mildernden Umständen bejaht hatten. Krug hat im Waide bei Ottenhöfen an einem 9jährigen Mädchen einen Lustmordversuch gemacht.

In der Nachmittagsitzung kam der dritte und letzte Fall, die Anklage gegen den Latinenaufseher Jakob Scheer in Lahe wegen Unterschlagung im Amte zur Verhandlung. Scheer hatte auch die Einzugsregister zu führen und die Gebühren einzuziehen. Seit 1912 hat er nun verschiedene Posten in Höhe von über 560 Mk. nicht gebucht, das Geld eingezogen und für sich verwendet. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage bezüglich der Beamteneigenschaft, bejahten die Schuldfrage auf einfache Unterschlagung, ebenso die Frage nach mildernden Umständen. Daraufhin verurteilte der Gerichtshof den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten abzüglich 1 Monat Unterjuchungsfrist.

* Heidelberg, 8. Juli. Das Feuer auf dem Schloßgut Langenell bei Heidelberg ist nach neuerer Annahme durch Brandstiftung entstanden: Auf die Ergeißung des Täters ist eine Belohnung von 300 Mk. angesetzt.
r. Heidelberg-Kirchheim, 9. Juli. Das Kind des Kutschers einer chemischen Waschanstalt in Rohrbach sprang heute mittag beim Spiel unter einen Wagen der elektrischen Straßenbahn. Der Krampf wurde vollständig abgetrennt, jedoch der Tod sofort eintrat. Um den Leichnam des Kindes befrieren zu können, mußten die gerade Schicht machenden Arbeiter den fuchsigen Waggonfabrik den Wagen hochheben. Den Führer soll keine Schuld treffen.

* Untergrombach, 8. Juli. Oberlehrer Baumann dahier feiert kommenden Sonntag sein 50jähriges Dienstjubiläum.
* Graben, 8. Juli. Auf der hiesigen Station wurde gestern nachmittag der Reichsmarschall Herzog von einer Lokomotive erfaßt und auf die Seite geschleudert. Er erlitt dadurch solche schwere Verletzungen, daß er nach kurzer Zeit starb.
* Einshelm a. d. Elz, 8. Juli. In Bergen sprang dem 30 Jahre alten Landwirt Hönig beim Steinflößen ein Stein splitter ins Auge, so daß dieses ausfiel. Der bedauernde Mann mußte in die Augenklinik nach Heidelberg gebracht werden.
* Rusbach, 8. Juli. Gestern nachmittag brannte ein Teil des Anwesens des Schreinermeisters Wilfahz nieder.
1. Nordheim, 8. Juli. Das Kinderfest ist nun endgültig beschlossene und findet, wie gemeldet, am 27. Juli (bei ungenügender Witterung 8 Tage später) statt. Aus den bisherigen Vorbereitungen zu schließen dürfte das diesjährige Fest sich noch imposanter als das letztjährige erste gestalten. Kinder und Eltern sind eifrig mit der Vorbereitung beschäftigt. Auch von auswärtig ist wieder ein reger Fremdenzufluß zu erwarten. Die Arrangierung geht in der gleichen Weise wie voriges Jahr vor sich. Die Eltern werden gebeten, ihre Kinder am Montag, 14. d. M., zum Kinderchor in den oberen Saal des „Bachhof“ zu schicken.

— Unfere Notiz betr. der Wohnungsinbindung hat gezündet. Dem Mieter wurden dabei bittere Vorwürfe gemacht, weil er es verschuldet habe, daß der Vermieter „verleumdet“ wurde. Er will nun nicht wegen des Haltens des „Volksfreund“, sondern deshalb gekündigt haben, weil der Mieter und dessen Frau die Kirche nicht oder nicht genügend oft besuchten. Tatsache ist aber doch, daß dem Mieter verboten wurde, den „Volksfreund“ ins Haus zu nehmen. Es ist also die jegliche Meinung des Kündigungsgrundes nur ein Spiel mit Worten. Schlimm genug ist es allerdings, wie wir erst nachträglich noch erfahren, daß es noch mehrere solche Hauseigenümer hier gibt; alles Anhänger der Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht. Ein solches Verhalten in einer Zeit, wo Wohnungsnot herrscht, kann man nur mit dem Ausdruck der Bräutlichkeit richtig charakterisieren.

* Wischweiler (A. Nassau), 8. Juli. Gestern nacht wurde der Sohn des Gemeindevrats W. H. M. von zwei Burschen überfallen und derart mißhandelt, daß er längere Zeit bewußtlos liegen blieb. Der Täter wurde ermittelt.
* Seebach (A. Nassau), 8. Juli. Gestern morgen fiel das 24jährige Schindchen des Landwirts Braun am Wildenberg beim Schrotfen in den Graben und ertrank.
* Forbach, 8. Juli. Bei Sprengung von Felsstücken der unglücklichen gestern nachmittag zwei italienische Arbeiter in schwerer Weise. Sie wurden in das hiesige Krankenhaus gebracht.
* Gausbach (A. Nassau), 8. Juli. In der Nacht von Sonntag auf Montag kam es hier zu einer Wesserschere, wobei zwei Brüder aus der hiesigen Gemeinde nicht unerheblich verletzt wurden.
* Ehr, 8. Juli. Ein in Gießen beim Weideln aufgegriffener Junge, der bei seiner Vernehmung angab, er sei von zu Haus entlaufen, weil seine Mutter wieder heiraten wolle, ist mit dem Knaben identisch, dessen Bild im Schaufenster der Geschäftsstelle der „Laher Zeitung“ in den letzten Tagen zu sehen war und auf dessen Ergreifung eine Belohnung von 500 Mk. ausgesetzt war.

* Heiterheim (A. Staufen), 8. Juli. Bei einer Dachreparatur entfiel einem hiesigen Maurer sein mit Lehm gefüllter Kibel und traf den 12 Jahre alten Sohn des Schmiedemeisters Müller, der gerade unten spielte, so unglücklich, daß derselbe einen schweren Schädelbruch erlitt und in die Klinik nach Freiburg gebracht werden mußte.
* Bingen (A. Sickingen), 8. Juli. Hier brannte gestern das Haus des Landwirts Otto Deutchmann bis auf den Grund nieder. Das Vieh wurde gerettet, die Fahrnisse sind nicht verschont. Der Schaden wird auf 7000 Mk. geschätzt. Die Familie lebt in bedrücktem Verhältnissen.
* Emmendingen, 9. Juli. Auf das hiesige Stationsamt wurde heute nacht ein frecher Raubüberfall gemacht. Ein Mann mit schwarzer Mütze und schwarzen Handschuhen kam in das Fahrplanzimmer und verlangte unter Vorhaltung eines Revolvers von dem diensttuenden Beamten die Herausgabe von Geld. Der geängstigte Beamte folgte dem Räuber das gefamte Mittelgeld im Betrag von über 30 Mark aus. Der Räuber verschwand. Die Verfolgung wurde sofort aufgenommen, blieb aber ohne Erfolg.

Einbruch beim Feldartillerieregiment in Freiburg.
Karlsruhe, 8. Juli. Der „Bad. Landesb.“ berichtete vorgestern aus Freiburg von einer angeblichen Spionage-Affäre, welche sich dort vor einigen Tagen abgespielt haben soll. Zu der Angelegenheit wird der „Bad. Kr.“ von authentischer Seite folgende Auskunft erteilt: In einer der letzten Nächte versuchten mehrere Personen in das Dienstgebäude des Feldartillerieregiments Nr. 76 in Freiburg einzudringen, offenbar um sich wichtige Geheime und dergleichen zu verschaffen. Bei dem ersten Versuch gelang es ihnen, durch ein wahrscheinlich offenes Fenster in einen Raum des Gebäudes einzutreten, doch fanden sie darin nur eine Anzahl unwichtiger, alter und größtenteils nicht mehr im Gebrauch befindlicher Geheime vor, die sie allerdings entwendeten. In der Dunkelheit entliefen sie unerkannt, um so mehr, als vor dem Teile des Gebäudes, in den sie eindrangen, kein Wachposten aufgestellt war. In der folgenden Nacht sind die Spione resp. Landesräuber, wie der nunmehr dort aufgestellte Posten bemerkt haben will, wiederum erschienen, diesmal aber bei ihrem Vorhaben übertraf und dem Vernehmen nach auch ergriffen und verhaftet worden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß das französische Nachrichtenbureau in Belfort bei der Affäre die Hand im Spiele hat.

Verichtigung. Durch verschiedene Blätter ging ein Artikel, wonach Angehörige des Korps Suevia-Freiburg anlässlich eines Ausflugs in Freudenstadt unerhölich Ausschreitungen begangen haben. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, handelt es sich hierbei nicht um Schwaben, sondern um andere Freiburger Studenten. Die Vernehmung ist darauf zurückzuführen, daß das Korps „Suevia“ an dem fraglichen Tag vollständig in Freudenstadt wohnte und daß einzelne seiner Angehörigen zusammen mit den ihnen bekannten Studenten in der Kinovorstellung gewesen sind. An der Ausschreitungen, die schließlich zur Festnahme der Täter führten, waren die Angehörigen des Korps „Suevia“ unbeteiligt.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 9. Juli.
Sozialdemokratische Bürgerauskunftskarte.
Die Genossen seien nochmals auf die heute abend 1/9 Uhr in der „Wacht am Rhein“ stattfindende Fraktionsitzung aufmerksam gemacht. Die Wichtigkeit der Tagesordnung, „Ausfrage über die Frage der Vorortbahnen und der Elektrizitätsversorgung der Außengebiete“ erfordert das Erscheinen sämtlicher Mitglieder.

Vom christlich organisierten Streifbruch bei Langheim u. Co.
Der „Badische Landmann“, das Ettlinger Zentrumsblattchen, nimmt nun, ebenso wie der „Badische Beobachter“, vom 2. Juli, die „christliche“ Streifbrecherorganisation in seinen zentralistischen Schutz. Unsere Antwort auf seinen Artikel vom gestrigen Dienstag mag der „Badische Landmann“ im „Volksfreund“ vom Samstag, 5. Juli, unter der Ueberschrift: „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip“ nachlesen und zur Notiz nehmen. Neuerdings bringt der „Badische Beobachter“ in Nr. 185 unter der Ueberschrift: „Sozialdemokratischer Streifunfug“ eine Erklärung des Zentrumsagitators Ferd. Schwan, der zugleich Vorsitzender der Karlsruher Filiale der „christlichen“ Holzarbeiter ist. Diese Erklärung ist nach echt München-Gladbacher Art zusammengeklüffelt. Zunächst wird behauptet, daß die christlich organisierten Arbeiter den Streif wegen der Schikanierungen durch den Seemanns-Mann und der ungerechtfertigten Entlassung des Vertrauensmannes im Anfang nur deshalb mitgemacht hätten, weil sie sich vor dem Terrorismus der freiorganisierten Arbeiter gefürchtet hätten. Es ist das die bekannte Taktik der „Christen“; jede ihrer Kumpereien wollen sie mit dem Terrorismus gescheitern lassen. Die Behauptung, daß am 16. Juni einem christlichen Arbeiter seitens der Streifenden mit Schlägen gedroht wurde, müssen wir als eine glatte Lüge bezeichnen, ebenso auch, daß dem Vorsitzenden der christlichen Holzarbeiter mit Schlägen gedroht wurde. Herr Schwan möge uns doch gefälligst Zeugen benennen für seine Behauptungen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß man die Angaben der christlichen Funktionäre nur mit Vorzicht aufnehmen darf. Richtig ist, daß die drei christlich organisierten Holzarbeiter am 9. Juni vormittags nach freiem Entschluß die Arbeit mit den übrigen Arbeitern einstellen, und daß sie erst dann die Arbeit wieder aufnehmen, nachdem ihnen von dem Vorsitzenden des christlichen Holzarbeiterverbandes es erklärt wurde, daß sie keinerlei Unterstützung erhalten. Wahr ist auch, daß heute noch ein christlich organisierter Kollege mit im Streif steht, wenn ihm auch der christliche Metallarbeiterverband verschämterweise anstatt Streifunterstützung nur Krankenunterstützung ausbezahlt. Wenn gesagt wird, daß das Arbeiten heute bei der Firma Langheim u. Co. nur unter Aufgebot von Schutzleuten möglich wäre, so behaupten wir demgegenüber, daß der ganze Aufbruch nicht entstanden wäre, wenn nicht die „christlichen“ Sekretäre die Streifbrecher von und zur Arbeitsstelle begleitet und die Polizei scharf gemacht hätten. Diese Kausreifer-Sekretäre waren mit Knütteln bewaffnet und ihr provozierendes Benehmen rief die Erregung nicht nur der Arbeiterschaft, sondern der ganzen Bevölkerung hervor. Einige dieser „christlichen“ Sekretäre bekamen sogar selbst in ihrer Domäne Jodgrim am vergangenen Sonntag beinahe Schläge. In dem bestreikten Betrieb am Karlsruher Rheinhafen ist auch kein freiorganisierter Arbeiter zum Streifbrecher geworden, wie Herr Schwan behauptet; diesen zweifelhaften Ruhm kann der „christliche“ Holzarbeiterverband mit dem „christlichen“ Holzarbeiterverband für sich allein beanspruchen. In der Erklärung des Herrn Schwan heißt es auch: „Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter lehnt es ab, mit den Streifenden des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes ins gleiche Horn zu blasen“. Dazu bemerken wir, daß 1. der Transportarbeiterverband keine sozialdemokratische Organisation ist, wenn wir auch wünschen, daß jeder verständig Arbeiter Sozialdemokrat sei, und 2. daß der Vorsitzende des „christlichen“ Holzarbeiterverbandes, Herr Ferd. Schwan, anscheinend vollständig vergessen hat, daß er sich im Frühjahr 1912 und im Frühjahr 1913 (H. u. S. Söhne) diesem „sozialdemokratischen“ Verband geradezu anhängte, um bei der Lohnbewegung mitmachen zu dürfen. Wir werden uns dies Geistesbild übrigens gut merken, sicher werden dann aber diese gleichen „Christen“ wieder von Terrorismus schreien, weil man sie auf der Seite gegen sie läßt. Uebrigens begründet ja der „christliche“ Zentralverband der Fabrik-, Verlehrs- und Hilfsarbeiter (Sich Wachsenburg) seinen Streifbruch damit, daß der Deutsche Transportarbeiterverband von den „Christen“ nichts wissen wollte, so wie es im Frühjahr 1912 bei der Firma A. u. E. Nieten geschehen ist, wo die „Christen“ den gleichen Arbeitererrat trieben. Schließlich richtet der Vorsitzende des christlichen Holzarbeiterverbandes, Herr Ferdinand Schwan, an die Öffentlichkeit und alle christlichen Arbeiter die dringende Bitte um Unterstützung in diesem Kampf. Da diese „christliche“ Organisation gerade der Unterstützung wegen die Solidarität verleugnet hat, kann es sich um keine andere Unterstützung als um die Beschaffung von Streifbrechern handeln. Sollte es tatsächlich der „christliche“ Firma Ruhn u. Stocker nicht möglich sein, die nötigen Streifbrecher zu liefern? Es werden schon noch einige Duhend dieser „christlichen“ Elemente nötig sein, um den Betrieb, wenn auch nur mangelhaft, aufrechtzuerhalten, hoffentlich ist bei Langheim u. Co. noch Platz vorhanden, damit die Streifbrecher weiter auf Sägelplätzen in dem feuergefährlichen Raum logieren können, d. h. wenn die Polizei es weiter erlaubt. Die „Christen“ mögen sich drehen und wenden wie sie wollen, aus dieser Streifbrecher-affäre gelingt es ihnen nicht, sich herauszulinden.

Deutscher Transportarbeiterverband, Karlsruhe.
Deutscher Holzarbeiterverband, Karlsruhe.
Kinderfest des Sängerbundes „Vorwärts“.
Wir wollen nicht verfehlen, auch an dieser Stelle auf das vom Sängerbund „Vorwärts“ auf Sonntag, 13. Juli, nachmittags 3 Uhr, arrangierte große Kinderfest hinzuweisen. Die Kinder stellen sich nachmittags halb 2 Uhr beim „Tivol“ zum Festsaal auf und auf dem Festplatz erwartet sie nebst Spiel und

Musik eine Festbühnenverteilung. Wenn sich die Kleinen freuen...

Gewerbegerichtssitzung vom 8. Juli.

Vorsitzender: Herr Stadtrichter Reuland, Arbeitgeberbesitzer: Badermeister Jäger, Arbeitnehmerbesitzer: Schneider...

Als erster Fall kommt zum Aufbruch die Klage der Arbeiter Schneider und Walter gegen die Badischen Lederwerke...

Die Auslegung der Bestimmungen über den Zuschlag für auswärtige Arbeit im Tarif für das Gipsergewerbe...

Der Wädergeselle Maier klagt gegen Wäderrmeister Scherle auf Zahlung von 10,80 Mk. Lohn...

Auf Herausgabe des Arbeitsbuchs klagt der Lehrling Schmidt gegen den Maschinenfabrikanten Schindler...

Der neue Hauptbahnhof wird, wenn keine außerordentlichen Zwischenfälle eintreten...

Abiturientenprüfung. Am 3. und 4. Juli fand am hiesigen Mädchengymnasium (Lehrerschule) die Reifeprüfung...

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Das Residenztheater zeigt als neuesten Schöler ein Drama von padender Handlung 'Das Blumenmädchen von Loneso'...

Sommer-Theater. Der heutigen Festvorstellung wird ein Prolog von Herrn Ch. Rudolf, gesprochen von Herrn Victor Bauer...

Neues vom Tage.

Jubiläumsfeier für Juppelin. Friedrichshafen, 8. Juli. Zur Feier des 75jährigen Geburtstags des Grafen Juppelin fand gestern Abend unter großer Teilnahme eine Festlichkeit statt...

Landau (Pfalz), 8. Juli. Heute morgen gegen 6 Uhr wurde hinter der Artilleriekaserne eine Frauenleiche gefunden...

Ein Streikbrecherermittler als Mörder. In der Nacht zum Sonntag erwürgte ein gewisser Artur Mann in einer Parkanlage ein Essen seine Frau...

Königsberg, 8. Juli. Bei der Landung auf dem Sportplatz des Oisebades Franz, berunglückten zwei Offizierleute...

Schwerin, 8. Juli. Bei seinem ersten Aufstieg stürzte auf dem Flugplatz Corries Leutnant Adams und wurde schwer verletzt...

Würzburg, 8. Juli. Heute Abend stieg zum Schluss eines Volksfestes der Flieger Lindner in Würzburg mit einem Franzosen in einem Zweifelder auf und flog nach dem sogenannten Zugelfang auf dem Gezierplatz...

Effen (Ruhr), 8. Juli. Unterforschungen in Höhe von 400 000 Mk. hat sich der Wirt Holbe in Hültinghausen in seiner Eigenschaft als Verwalter einer Spar- und Darlehenskasse zu schulden kommen lassen...

Düsseldorf, 8. Juli. Das Luftschiff V 1 der Deutschen Luftschiffahrt machte heute früh zwischen 5 und 6 Uhr mit zehn Mann Besatzung unter der Führung des Diplomingenieurs Simon seine erste Probefahrt...

Petersburg, 8. Juli. In der Nähe von Saratow ist ein Güterzug entgleist. 11 Wagen wurden zertrümmert. Drei Leute vom Zugpersonal wurden getötet, 7 verwundet...

Avila, 8. Juli. In dem Dorfe Flores de Avila sind sechs Einwohner, die Fleisch von einem räudigen Schafe gegessen hatten, gestorben und viel schwer erkrankt...

Paris, 9. Juli. Nach einer Mitternacht aus Madrid wurden die Felder und Gärten in der Umgegend von Valencia in weitem Umkreise durch furchtbare Unwetter verwüstet...

Mailand, 9. Juli. Furchtbare Gewitter- und Hagelschläge haben im oberitalienischen Seengebiete großen Schaden angerichtet...

Newport, 8. Juli. Im Ralfsbad-Vergnügungsort Park stehen auf der Berg- und Talbahn zwei Wagen zusammen. 80 Personen wurden verletzt, davon drei schwer...

Der neue Balkan-Krieg.

Belgrad, 8. Juli. An hiesiger kompetenter Stelle werden die bulgarischen Siegesmeldungen entschieden bestritten...

hätten überhaupt nicht stattgefunden. Die serbischen Truppen hätten sich bereits vereinigt und umflammern die bulgarische Armee vollständig...

Belgrad, 8. Juli. In einer heute nachmittags erschienenen Sonderausgabe des Amtsblattes wird die Kriegserklärung veröffentlicht...

Sofia, 8. Juli. In der Sobranje verlas Ministerpräsident Dr. Danew eine königliche Botschaft, durch die die Sobranje beauftragt wurde über das Budget für das zweite Halbjahr 1913 einberufen zu werden...

Letzte Nachrichten.

Zur Stichwahl in Zauch-Belzig. Berlin, 8. Juli. Die 'Freisinnige Zeitung' gibt heute Abend folgende Stichwahlparole der Parteileitung der Fortschrittlichen Volkspartei für die am 11. Juli in Zauch-Belzig...

Maschinengewehre gegen das Volk. Mülhausen i. G., 8. Juli. Der Streik in dem Mülhauser Nordbahnhof nahm heute einen ruhigen Verlauf...

Mülhausen, 8. Juli. Die Streikunruhen haben sich gestern Abend wiederholt und das erste Todesopfer gefordert. Ein 24 Jahre alter Arbeiter erhielt einen Schuß in die rechte Brustseite...

Unverständliches Urteil. Dresden, 8. Juli. Ein Gausdiener wurde hier wegen Beschimpfung einer Kirchengemeinschaft zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt...

Drohender Eisenbahnerstreik. New York, 8. Juli. Auf den östlichen Bahnen droht ein Eisenbahnerstreik für den Fall, daß die geforderte Gehaltserhöhung im Gesamtbetrag von 17 Millionen Dollar jährlich...

Zum Streik in Südafrika. Pretoria, 8. Juli. Der Ausschuss der Gewerkschaften der Eisenbahner hat nach allen Eisenbahngesetzen des Landes telegraphiert...

Geschäftliches. Im höheren Lebensalter wird oft über das Nachlassen der Verdauungskräfte geklagt...

Vereinsanzeiger. Durlach. (Deutscher Holzarbeiter-Verein.) Morgen Donnerstag, 10. Juli, abends 6 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal zum 'Darmstädter Hof'...

Offenb... L... den bei... M... h... (W... t... Der er... regim... mit f... H... f... wegen... im G... läng... Spring... in B... Legier... Meist... liches... W... ein we... anshö... Weib... schlie... burg... Geld... solch... f... den G... feinem... schlo... verhe... nach... einen... nach... M... f... etwa... dort... des Hof...

Aus dem Lande.

Offenburg.

L. Schurmerger. Wegen Raubmordversuchs standen heute der Monteur Kuno Scherer aus Güttenbach und Math. Springmann von Trutenhof, Gemeinde Grüntal (Württemberg) vor den Schranken des Schwurgerichtshofes. Der erstere ist 23 Jahre alt, hat als Freiwilliger im Dragonerregiment Nr. 21 gedient, wurde dort schon wegen Diebstahls mit strengem Arrest und Verweisung in die zweite Soldatenklasse bestraft; dann folgten noch mehrere Gefängnisstrafen wegen Diebstahls und Betrugs. Die letzte Strafe verbüßte er im Gefängnis zu Heilbronn. Ende April d. J. traf er nach längerem Umherirren mit dem 31 Jahre alten Küfergesellen Springmann in Oberkirch zusammen, den er vom Gefängnis in Lörrach her kannte, wo Springmann in Untersuchung saß. Letzterem gefiel es in Oberkirch auch nicht mehr, weil ihm sein Meister allwöchentlich 5 Mk. Verpflegungsgeld für sein uneheliches Kind abziehen mußte. Deswegen begannen beide die Wanderung landaufwärts kamen zuerst nach Offenburg, wo ein weiterer Bursche namens Weiß aus Ettenheim sich ihnen anschloß. Die drei wanderten dann nach Sippersheim, wo sich Weiß wieder von ihnen trennte, weil Scherer Pläne für Diebstähle entwickelte. Die beiden Angeklagten gingen nach Freiburg, dann das Nollental hinauf. Unterwegs ging ihnen das Geld aus. Darauf planten sie, sich durch Diebstahl oder Raub solches zu verschaffen und wenn ihnen dabei jemand in den Wege trete, ihn unschädlich zu machen. Zuerst war dies mit den Stöcken geplant; da aber Springmann erklärte, daß er von seinem Bruder 20 Mk. nach Billingen geschickt bekommen, so beschloßen sie, zuerst dieses Geld abzuholen. In Donaueschingen verpackte Springmann seine Uhr, dann fuhren sie mit der Bahn nach Billingen und erhoben die 20 Mk. Darauf kauften sie einen Revolver, 20 Patronen und einen Dolch. Den Revolver nahm Scherer, den Dolch Springmann an sich. In Furttal kauften sie noch Streichhölzer, um, wie geplant war, den in der Nähe liegenden Obergrundhof anzuzünden, die bei dem Brand etwa ihnen entgegengelaufenen Leute niederzumachen und das dort vermutete Geld, mindestens 5000 Mk., welche der Besitzer des Hofes erst kurz vorher geerbt hatte, zu rauben. Zuerst

nächtigten sie in der von ihnen geöffneten Scheuer des Obergrundhofes, mußten aber wieder heraus, weil der Hund keine Ruhe gab. Am andern Morgen, als die beiden Angeklagten zur Ausführung der Tat wieder auf den Hof kamen, waren der Besitzer, sein Knecht und ein Dachdecker aber schon dort beschäftigt, deswegen getrauten sie sich nicht mehr, die Tat auszuführen. Sie gingen nun auf Antaten Scherers, der ja den eigentlichen Anführer war und alle Geschäfte in seiner dortigen Heimat konnte, nach dem nur eine Viertelstunde entfernten Hause des Dachdeckers, den sie auf dem Obergrundhof gesehen hatten; dort waren aber bei der Frau 5 Kinder in der Stube amsend und sie verließen auch dieses Haus wieder, ohne ihre Absicht ausgeführt zu haben. Immer wieder auf Betreiben Scherers ging es nun nach dem Waldhöfchen, wo der frühere Besitzer des Obergrundhofes privat lebt und mit dessen Familie Scherer gut bekannt war, um dort den geplanten Raub auszuführen. Dort war aber außer der Frau eine 12jährige Tochter amsend und auch hier fehlte den Angeklagten der Mut, zur Tat zu schreiten. Als dann gingen sie auf die Kapfensteig, wo wieder einzeln das Haus des Fabrikarbeiters Dold stand. Da Scherer auch hier die Verhältnisse kannte und erst kurz vorher dort als Handwerksbursche mit Kaffee reguliert worden war, wußten die beiden, daß der Mann tagsüber in der Fabrik arbeitete und so hofften sie, die Frau allein zu treffen. Zuerst bestellten sie, worauf ihnen die Frau Brot abkam. Scherer verlangte jedoch, um in das Haus hineinzukommen, etwas warmes, worauf ihnen die Frau wieder Kaffee auf den Tisch stellte, hinter welchem sich Springmann setzte, während Scherer vor dem Tisch und die Frau auf dem Kanapee Platz nahm. Scherer fragte nun die Frau, auf ein Bild an der Wand deutend, ob das betreffende Soldatenbild ihren Mann darstelle. Als die Frau sich halb nach dem Bilde umdrehte, gab Scherer auf sie drei Schüsse aus dem Revolver ab, als sie dann barmüde und blutend in das Schlafzimmer flüchtete, gab der Täter noch einen Schuß auf sie ab. Ein in der Stube anwesendes 4½jähriges Mädchen begann heftig zu schreien, ebenso konnte die Frau noch um Hilfe rufen. Das Kind wurde von Springmann mit dem Stode des Scherer niedergeschlagen und erlitt erhebliche Kopfverletzungen. Auf das Geschrei kam der 80jährige Schwiegervater der Frau, welcher in selber Stunde wohnte, herbei, worauf Springmann flüchtete und Scherer ihm kurz darauf folgte. Dieser wurde an der

Haustüre von dem alten Dold aufzuhalten versucht, jedoch riß er sich los und drohte auch diesem mit dem Revolver. Jedoch flüchteten sie dann dem nahe Walde zu. Der alte Mann machte sich sofort auf den Weg zum Sohne in die Fabrik und gleich vom Fabrikbureau aus wurde telephonisch die Gendarmerie von dem Raubmordversuch in Kenntnis gesetzt. Dies war am 7. Mai und schon am andern Tag wurden die Täter im Simonswald verhaftet, noch im Besitze der in Billingen gekauften Waffen. Die Täter sind in allen Einzelheiten durchaus gesüßig und durch eine Reihe der von 26 geladenen Zeugen wurde der Sachverhalt ebenso dargestellt. Beide Täter hatten rechtschaffene Eltern und eine gute Erziehung genossen. Springmann wurde von seinem Lehrer als ein braver ordentlicher Mensch geschilbert, während Scherer als fähig und oberflächlich bezeichnet wurde. Der hiesige Bezirksarzt Dr. Vade gab sein Gutachten dahin ab, daß er wohl für seine Tat verantwortlich sei, da er nicht erblich belastet, jedoch oberflächlich, jähzornig und leicht erregbar sei. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dooner, verlas dann die Fragen nach der Schuld der Angeklagten, ebenso die Fragen nach mildernden Umständen, worauf nach einer kleinen Pause die Plaidoyers begannen. Herr Staatsanwalt Schmießer führte den Geschworenen nochmals die ganzen Vorgänge, welche für die Schuld der Angeklagten sprachen, vor, worauf die beiden Verteidiger Dr. Kaß und Dr. Köstlich in eindringlicher Weise die Tat in einem milderen Lichte erscheinen ließen. Sie verlangten für die Angeklagten mildernde Umstände, da die Tat ohne Ueberlegung geschah sei. Die Geschworenen bejahten jedoch alle Schuldfragen und verneinten die Fragen nach mildernden Umständen. Drauf beantragte der Staatsanwalt für Scherer eine Zuchthausstrafe von 10 Jahren, für Springmann eine solche von 7 Jahren und Stellung der beiden unter Polizeiaufsicht. Die Verteidiger plädierten für bedeutend geringere Strafen, da die Frau wieder beinahe ganz hergestellt sei, wenn sie auch noch eine Kugel im Unterleibe sitzen hat. Das Kind ist von seine Verletzungen wieder ganz genesen. Nach längerer Beratung verhandelte der Gerichtshof das Urteil, welches für Scherer auf 10, für Springmann auf 8 Jahre Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für beide auf 10 Jahre lautete. Die Sitzung währte ununterbrochen von morgens 9¼ bis nachmittags halb 4 Uhr.

Seite 6. In Truppen bulgarisch den Serben die 4. und der rechte Resten in worden, in t wurden. tag erschie e Kriegs. Minister- rd die die das zweite urf ist der reserforder. dem Mil- a Verkauf. hier ein. militärisch Jäger zu angrenzener durch m Ablauf. einige junge r Anord- e Störung. sich gestern dert. Ein die rechte rausdrang. Der Mann s. Einem erleid und Konditor. Alhier über Kaufe des genommen. Jäger zu anmachten nen zurück- traße, eine geräum- um herrlich g der aus- en bereits deckten und rchtet man sozialdeme morgige wegen Be- chen Ge- mlung die droht ein e Gehalts- ar jährlich trägt, nicht zusammen- n von den schaften der ndigt, daß i 94 Proz. ttfcheidung mlung der ebände der andes tele- achdem sie den, heute Bergleute würde ein der Ge- tel, Letzte nn Adel; Inzerate: Klassen der in, solchen und doch den W- mit einem hen stellen mit schwa- nen Don- stammung Erscheinen malung.

Fort mit Waschbrett und Bürste! Sie schaden damit nur Ihrer Wäsche. Viel bequemer, billiger und besser waschen Sie mit Persil. Die Wäsche wird damit blendend weiß, frisch und duftig wie auf dem Rasen gebleicht. Ueberall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen. Persil das selbsttätige Waschmittel Der grosse Erfolg! HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Henkel's Bleich-Soda.

Gebrüder Scharff Karlsruhe: Amalienstrasse 27. Wilhelmstrasse 30. Rheinstrasse 34 a. Bernhardstrasse 8. Knielingen. Teutscheneurent. Hagsfeld. Hlankenloch Frisch eingetroffen: Kartoffeln neue Italiener, 3 Pfund 20 Pfg. Zwiebeln neue Aegypter, per Pfund 7 Pfg. Schlangengurken frisch und gross per Stück 20 u. 22 Pfg. Tomaten schöne Ware per Pfd. 23 Pfg. Bismarckheringe gross und frisch, per Stück 10 Pfg. Wurstwaren (stets frisch aus einer der renommiertesten Fabriken Westfalens). Mettwurst p. Pfd. 120 Pfg. Plockwurst p. 150 Pfg. Salami p. Pfd. 180 Pfg. Salat - Oel Qual. Ia. per Ltr. 92 Pfg. Qualität extra per Liter 120 Pfg. Sauerkraut (im Laufe der Woche wied. frisch eintreffend): Vorzügliche Qualität, per Pfd. 15 Pfg. 2103

Preuss. Südd. Klassenlotterie I. Klasse 9./10. Juli 1913 Lose 1/8 1/4 1/2 1/1 M. 5.- 10.- 20.- 40.- sind noch zu haben bei Ludwig Götz Großh. Bad. Lottereeinnehmer Hebelstr. 11, beim Rathaus. NB. Bitte rüfständige Gewinne letzter Ziehung alsbald abzuholen. 2075

Städt. Arbeitsamt Gefucht 2097 Dienstadtsohinnen, Mädchen, die gut bürgerlich Kochen können, Mädchen für alle Hausarbeit und zum Anlernen, Zimmermädchen. Städt. Arbeitsamt (weibl. Arbeitsnachweis) Bahringstr. 100. Tel. 949. Die Stelle eines Krankenwärters ist auf 1. August ds. Js. neu zu besetzen. Bewerber, welche in der Krankenpflege ausgebildet und insbesondere mit der Pflege Geisteskranker vertraut sein müssen, wollen sich alsbald unter Vorlage eines Lebenslaufes und der Zeugnisse über ihre jetzige, Tätigkeit melden. Städt. Krankenhaus Karlsruhe.

Gold-Schnipfel, 2-3 Pfg. Jou-Jou, 2-5 Pfg. Reuchlin, 2-10 Pfg. Perle von Baden 2-5 Pfg. sind unsere aus besten oriental. Tabaken hergestellten trübsfreien Cigaretten. 1531 Cigaretten-Fabrik Romania Schmilovici, G. m. b. H. Karlsruhe i. B. Städt. Vierordtbad Versch. Kurbäder Halb-, Sitz-, Fuss- und Wechselbäder. Duschen, Wickel (Packungen) und Massagen, Dampf- und Heissluftkastenbäder etc. Damenbadezeit: Montag und Mittwoch vormitt. 8 bis 1 Uhr und Freitag 2 bis 8 Uhr. 7152 Herrenbadezeit: „Alle übrige Zeit u. Sonntags vorm. 8-12 Uhr“. Auch üb. Mittag geöffnet. Ich kaufe und verkaufe fortwährend getragene Herren- u. Damenkleider, Schuhe und Stiefel, aber nur gute Sachen, zu billigen Preisen. 11 Wilhelm Schwab Durlacherstraße 85.

Heinens Apfelmusstoff ist der beste. Sie bereiten solchen sehr gut folgenden Mafsen: Zu 150 Liter guten Most: 1 Paket Heinen's Apfelmusstoff mit Gutschein N. 4. - 22 Pfd. Kristallzucker à 22 Pfg. 4.84 Bierhefe für 1/2 Pfd. getrocknete Heidebeeren 0.75 553 M. 9.69 beträgt die Auslage im ganzen. Auf das Liter gerechnet ca. 6 1/2 Pfg. steht Ihnen der Liter guter rotweinsähnlicher Most. 12 Gutscheine = eine Herren- oder Damenuhr.

Restaurant „Goldener Adler“, Spezialauschank der Brauerei Kammerer. Jeden Donnerstag Schlacht-Tag. Hochachtend Ernst Müller.

Eilt! Ziehung sicher 12. Juli Wohlfahrts-Lotterie! 2022 Gew. i. Gesamtw. v. 12 000 Mk. Hauptgewinn 3 000 Mk. Offenburger Jubiläums-Lotterie Ziehung am 23. Juli Gesamtwert d. Gewinne 30 000 Mk. Hauptgewinn 6 000 Mk. Wohlfahrts-Lose à 50 S. 11 Lose 5 Mk., Offenburger-Lose à 1 Mk. 11 Lose 10 S., Porto und Liste je 25 S. empfiehlt 1558 J. Stürmer Lotterie - Unternehmer Filiale: Kehl a. N., Hauptstr. 41. In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstr. 11/15, Gehr. Gähringer, Kaiserstr. 60, Woerner & Wehrli, Erbprinzenstr. 29.

Zur Einmachzeit empfehle 1782 Branntweine 19 Nordh. garant. echten pr. Str. 1.10 bei 5 Str. 1.- Frucht-Branntwein pr. Str. 80, 95 S. Einmachessige pr. Str. 25, 30 S. Weikers Weinessig anerkannt vorzügliche Qualität pr. Str. 30 S. Zucker. Crystallzucker bei 5 Pfd. 22 S. bei 100 Pfd. M. 21.25 bei 200 „ M. 42.- Zur Weinbereitung Abfallzucker per 100 Pfund solange Vorrat reicht M. 20.- Candiszucker pr. Pfd. 36 S. Gewürze I. a Gewürze

Posten bessere Herren-Anzugstoffe - Anzugstoffe - werden billig verkauft, das Meter von Mk. 4.50 bis 8.50. Empfehle auch Damenkostüme sowie Halbleine, Damast u. Bettfedern in allen Preislagen. Keln Laden, daher spottbillig. Auch werden Mass-Anzüge von 48 Mk an angefertigt. Otto Weber Gerwigstr. 21 I. Tel. 3305.

Wilh. Eckert, Uhrmacher, Marienstr. 20, neb. dem Apollo-Theater empfiehlt sein Lager in Taschen- u. Wanduhren. Billige Reparatur-Werkstätte, Trauringe, 8 u. 14 far. gestempelt, das Paar b. M. 12-27. Brillen u. Zwicker.

Zuger u. Filialen

Zuger und Filialen in Karlsruhe: Marienstrasse 68; Durlach: Hauptstrasse, Friedrichstr., Wolfstrasse; Gröbtingen: Kirchstrasse, Bismarckstr. Aue, Zöhlingen, Grünwettersbach etc.

Verlängerung unserer Anzug-Woche

bis Samstag den 12. ds. Mts.

Moderne Herren-Anzüge zu nachstehend ermässigten Preisen.

Der richtige Preis bis . . . Mk.	24.—	29.—	36.—	44.—	52.—	60.—	68.—	75.—
während der Anzug-Woche . . .	17.00	23.00	29.00	36.00	45.00	49.50	55.00	62.00

Trotzdem
Rabatt-Marken

Spiegel & Wels

Trotzdem
Rabatt-Marken

Residenz-Theater, 30 Waldstrasse 30.

Nur Mittwoch, 9. bis inkl. Freitag, 11. Juli. Eine Prolongation ist ausgeschlossen.

DER LOU DER SAISON!

Das Blumen-Mädchen von Toneso.

Christian als Lotteriegewinn! Humoresk.
Die Akrobaten-Truppe Olear.
Nürnberg und Umgebung. Reisefilm.

Fünfte Symphonie (C-Moll) von Beethoven
76147 Erster Satz, I. Teil
76148 Erster Satz, II. Teil 2112

Drama von packender Handlung
aus der kolorierten Kunstfilmserie
von Pathé. Dieser sensationelle
Film behandelt den Kampf um ein
= RIESEN-VERMÖGEN. =

Neue Residenz-Theaterzeitung. Pathé Journal.
Liebesidylle. Komöd. Moritz ist krank. Bran.
Offenbachiana, Potpourri a. d. bekannt. Offen-
bach'schen Operetten-Melodien Conradi
I. Teil: Fortunio's Lied, Paris. Leb., Genoveva
von Brabant, Verlobung bei der Laterne.

Städtisches Vierordtbad. Gründlicher Schwimm-Unterricht

wird erteilt an Erwachsene und Kinder beiderlei Geschlechts.
Preis für Erwachsene 10 Mark.
Preis für Kinder 6 Mark.

Ettlingen.

Restauration zum alten Fritz
Ede Durlacher- und Suttentkruzerstrasse
:: vis-à-vis der neuen Unteroffizierschule. ::
Neu erbaute schönste Lokalitäten am Plage — Aussicht
von ff. Suttentkruzer — hausgemachte Würstwaren.
Inh.: D. Weisenburger,
früher „Gasthof z. Sonne“.

Sozialdem. Verein Karlsruhe. Frauensektion.

Morgen Donnerstag, 10. Juli, abends halb 9 Uhr,
im „Auerbahn“, Schützenstrasse

Versammlung mit Vortrag

des Genossen O. Trinks über das Thema:
„Die Volksschule, wie sie ist und wie sie sein soll“.

Die Genossinnen werden höflich ersucht, zu dieser für sie über-
aus wichtigen und lehrreichen Versammlung zahlreich zu erscheinen,
sowie bekannte ausstehende Frauen mitzubringen. 2110
Der Vorstand.

Im Verlage des Landesvorstandes der Sozialdemokr. Partei Badens

ist erschienen und durch die Parteibuchhandlungen in
Karlsruhe, Luisenstr. 24 — Mannheim, S 2, 1 —
Pforzheim, östl. Karl Friedrichstrasse — Freiburg,
Predigerstrasse 3, sowie G. Richter, Lahr, und den
Zeitungsträgerinnen der badischen Parteipresse
zu beziehen:

Die Sozialdemokratie und die badischen Landtagswahlen

Rede des Genossen **Dr. L. Frank**
Mitglied des Reichstags und der II. bad. Kammer
gehalten auf dem Landesparteitag in Freiburg
am 22. Juni 1913.

Das Broschürchen, welches 16 Seiten stark er-
schienen ist und für die Agitation und den
Landtagswahlkampf sehr wertvolles Material
enthält, kostet mit Umschlag versehen: an Partei-
genossen abgegeben 10 Pfg., im Buchhandel 25 Pfg.
per Exemplar.

Wir ersuchen die Parteigenossen, für weiteste
Verbreitung der Brochüre besorgt zu sein.

Stück Kinderwagen, Klapptwagen,
Stuhlwagen, Spielwagen 1519

300

finden Sie in meinem 300 qm großen Ver-
kaufsräumen fortwährend zum Verkaufe
ausgestellt. Preise äußerst billig; nur prima
Fabrikate, u. 10 Mk an Fracht-Verand. Berl.
Sie Preisliste. Telefon 2241. Eig. Ver-
stärkte. Zur prompten schnellen Lieferung
empfehle ich **H. Jörg, Karlsruhe, Amalien-
str. 59, am Kaiserplatz.**



Kaiserstr. 133

Von Mittwoch den 9. Juli bis einschl.
Freitag den 11. Juli

Auf vielseitiges Verlangen
als Extra-Einlage:

„Das Warenhausmädchen.“

Lebensroman einer Verkäuferin. 2104

Sowie das übrige Riesenprogramm.



Karl Hummel
Stahlwarenhandlung
Rasiermesserschleifen
Karlsruhe I. B. Werderstr. 43.

Die weltberühmten Fabrikate der Firma
B. Kissner, Seherenfabrik, Gross-Umstadt (Hessen)
sind stets in grosser Auswahl am Lager und erfolgt der
Verkauf zu Fabrikpreisen. 170

Kleinsteinbach.

Geschäftsübernahme und Empfehlung.

Einer verehrl. Einwohnerschaft von Kleinsteinbach
die höflich Mitteilung, daß wir die bis jetzt von Herrn
Jacob Weber betriebene

Brot- und Fein-Bäckerei

übernommen haben.
Indem wir uns in der Lieferung von nur guten
Bakwaren unter Zusicherung pünktlicher und sauberster
Bedienung empfehlen, ersuchen wir, das unsern Herrn
Vorgänger geschenkte Vertrauen auch auf uns über-
tragen zu wollen. 2108

Hochachtungsvoll
Hermann Bauer u. Frau, geb. Merkle.

Arbeiter! Agitiert für den Volksfreund.

Billiges Angebot!

Leinen Kostüm. 15.50 an
Mäntel 11.50
Höcke 3.50
Kostüm-Höcke 2.90
Wäfen, weiß u. f. 75
Damenhosen 95
Damenhosen 95
Unterhosen 75

Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
Keine Ladenbesen. 1631

Kinderbettstellen

sowie eis. Bettstellen für Er-
wachsene, fabelhaft billig zu ver-
kaufen. **Möbelhaus Werner,**
Schloßplatz 13, (Eingang Karl-
Friedrichstrasse). 1845

Aue bei Durlach.

Beehre mich, der hiesigen Ein-
wohnerschaft bekannt zu geben,
daß ich die Praxis als

Hebamme

aufgenommen habe.
Frau Luise Link,
Walhornstrasse 25, II. Stod.

Billig zu verkaufen:

2 Firmenbücher, 2 Anshänge-
kästen (eiche), 1 großer Kleider-
und Fliegenbügel, 1 Werkzeug-
schrank, 2 kleine Sesselbänke mit
Werkzeug, amerik. Billard, 2101
Wilhelmstr. 36,
in der Werkstatt, Hof rechts.

Vergebung von Ban- arbeiten für die Haupt-n. Residenzstadt Karlsruhe

Zum Neubau der städtischen
Gewerbeschule am Sidelplatz
hier soll die Ausführung der
Schreinerarbeiten
in öffentlicher Verbindung ver-
geben werden.
Zeichnungen und Bedingungen
können in dem Neubaubüro,
Eingang Steinstraße, in den
Stunden von 10 bis 12 Uhr
täglich eingesehen und die An-
gebotsformulare dafelbst unent-
geltlich erhoben werden.
Die Angebote sind verschlossen
und mit entsprechender Aufschrift
verschieden spätestens bis Sam-
stag, den 26. Juli 1913,
vormittags 11 Uhr, eben-
dafelbst portofrei einzureichen.
Die Bauleitung:
Bed. 2108

Bett,

massiv eichen, kompl., mit
Federbett 25 Mk., desgl.
2-schläfr. Bett 30 Mk., hochkant.
Bett, Walchennuß, Nach-
täfelchen, 14-täg. Schrank, Tisch
billig zu verkaufen. 2111
Ludwig Wilhelmstr. 18, Hof.

Divan

für 35 Mk zu verkauf.
Luisenstr. 35, Stb.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburt vom 4. Juli. Franz, V. Joh. Stoll, Rüter.
Todesfälle vom 5. und 6. Juli. Robert, alt 8 Mon. 15 Tg.,
B. Robert Hölzer, Fabrikarbeiter. — Emma Mannherz, alt 22
J., Ehefrau des Fuhrunternehmers Joh. Mannherz. — Erich,
alt 10 Mon. 6 Tg., B. Kilian Wühlfeld, Fabrikarbeiter. — Al-
bert, alt 6 Mon. 4 Tg., B. Anton Neßfod, Maurer. — Elise
Schreiber, alt 63 J., Witwe des Schlossermeisters Wilh. Schrei-
ber. — Julius Wankmüller, Kaffeebdiener a. D., Chemann, alt
66 J. — Wilhelm Laach, Zementeur, Chemann, alt 74 J. —
Josefine Knopf, alt 45 J., Ehefrau des Schneidermeisters Lu-
wig Knopf.

Sommer-Theater.

Direktion Fr. Grünwald.

Mittwoch, den 9. Juli,
abends 8 1/2 Uhr, 2106

Festvorstellung.

Zum ersten Male:
Prima Ballerina.



**Neue gelbe
Italiener
Kartoffeln**
3 Pfd. 20 Pfg.
10 Pfd. 65 Pfg.
Zentner 6.—

**Neues
Sauerkraut**
Pfd. 15 Pfg.

Die ersten neuen
**Holländer
Vollheringe**
Stück 10 Pfg.

**Neue 2100
Bismarck-
heringe**
aus frischen Fischen
Stück 10 Pfg.
die 4 Liter-
Dose Mk. 2.60



Kinderwagen, gut erhalten,
verkauft. Werderstr. 81, II. 2118



Wir
Sachverständigen
erklären alle:

Pilo

ist die beste
Schub-Crème.